

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2019
Nr. 203, 48. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Neue Aufrüstung – Militarisierung internationaler Politik



Bundeswehr-Werbung

Die internationale Ordnung ist „schwer unter Beschuss“, resümierte ganz im Militärjargon der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, nach ihrem Ende im Phoenix-TV-Interview. Die fragmentierenden, auseinander strebenden und gegeneinander stehenden Kräfte und Tendenzen – nachdem die frühere Welt der „Kräftebindung in Blöcken“ zerfiel – führen teilweise zu völlig unvorhersehbaren und widersprüchlichen Konstellationen und Entwicklungen, siehe das Beispiel Syrien, wo die USA und Türkei zusammenstoßen. Jahrzehntelanger Konsens im atlantischen Militär- und „Werte“-Bündnis NATO als Überbleibsel des Kalten Kriegs, oder wie im Fall des zunächst von Washington, dann auch von Moskau aufgekündigten INF-Abrüstungsabkommens für atomare Mittelstreckenraketen, das die Welt zwar nicht viel sicherer, aber etwas berechenbarer machte, erweist sich angesichts

einer veränderten Weltlage nicht mehr länger als tragfähig. Ein neues, unkontrolliertes Wettrüsten droht. Die USA als „Garant“ des Westens ziehen sich trotz gegenteiligem Bekenntnis aus ihrer Bündnisverpflichtung teilweise zurück und wenden sich in neuer asiatisch-pazifischer Frontstellung dem Weltmacht- und Weltmarktkonkurrenten Nr. 1, China, zu, mit dem auf „low-intensity“ Niveau ein Wirtschaftskonflikt mit harten Bandagen ausgetragen wird. Europa besinnt sich mit der Hauptachse Frankreich-Deutschland derweil auf den Ausbau eigener militärischer Stärke und Fähigkeit mit teils gigantischen Aufrüstungsraten gemäß dem 2014 beim NATO-Gipfel in Wales vereinbarten Zwei-Prozent-Ziel der jeweiligen Länder-BIPs. Der permanent stichelnde amerikanische Vorwurf vor allem an die Deutschen, sie würden mit bisher 1,23 Prozent des BIP zu wenig Verteidigungslasten tragen, trifft nur bedingt den Kern: Deutschland leistet mit 14,8 Prozent hinter den USA (22,1 %) den

zweithöchsten Finanzierungsbeitrag zur NATO (GB: 10,5, F: 10,5, I: 8,1 %).

Multipolare Welt-Unordnung

Eine multipolare Welt-„Unordnung“ hat die bis etwa 1990 noch bipolare Welt in Blöcken abgelöst. Ein US-Präsident Trump versucht, innenpolitisch mit demokratischer Haushaltssperre und eigenem Shutdown (Regierungsstillstand) zuletzt mächtig unter Druck, internationale Politik im Unternehmerstil in bilateralen „Deals“ auszuhandeln, in denen er seine Stärke ausspielen kann. Ein zweites Verhandlungstreffen mit Nordkorea zu dessen völliger Denuklearisierung wurde in Hanoi von beiden Seiten vorzeitig ergebnislos beendet. Ein Präsident Putin strebt mit neuen Waffen eine reorganisierte Weltmachttrolle Rußlands an. Chinas ökonomisch-militärische Expansion mit aggressiver Investitionspolitik à la „Neue Seidenstraße“

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Neue Aufrüstung – Militarisierung internationaler Politik	1
In eigener Sache, Impressum	2
„Linksruck“ der SPD	9
Das Irrlicht der sogenannten Wirtschaftsdemokratie	12
Bilanz und Erfahrungen des Arbeitskampfes bei der DB AG	14
Venezuela – US-Statthalter Guaidó	15
Zu den Rosa Luxemburg-Seminaren der IG Metall	19
Eine literarisch-politische Skizze über Jack London	24
Kohei Saito, Natur gegen Kapital	31

In eigener Sache

Politisch ist so viel wie selten in Fluß. Die Schattenseiten der Globalisierung und des Neoliberalismus treten immer stärker hervor. Innen- wie außenpolitisch sind wichtige Entwicklungen weiter im Schwebeszustand – der Ausgang ist ungewiß.

In Deutschland schwelen die Kanzlerfrage und das Schicksal der Regierungskoalition. Eng damit verbunden sind die Bemühungen der SPD um eine Erneuerung, die den Absturz der Partei aufhalten soll. In einem Artikel dazu vertiefen wir unsere Zweifel und sprechen an, wie die angebliche Erneuerung tatsächlich aussieht.

Wenn auch der Konflikt um Nordkorea vorläufig in der Abstellkammer ruhiggestellt wurde, so beunruhigen immer mehr Brandherde in der Welt (Indien/Pakistan; Stellvertreterkrieg im Jemen; Israel/Iran). Die zunehmende Rivalität der Großmächte spiegelt sich besonders in der Aggressivität des US-Imperialismus wider. Die davon ausgehende Militarisierung der Politik ist Thema unseres Kopfartikels.

Die Art der Verwirklichung des Brexit wird immer unübersichtlicher, auch wie es nach der EU-Wahl weitergehen wird. Wir werden deshalb diese Bereiche im Juni-Heft aufgreifen. Bis dorthin wissen wir auch mehr über die tiefe Krise in und um Venezuela. Als Informationen dazu soll erst einmal ein Nachdruck dienen, der von einem Sachkenner, Dario Azzellini stammt, jenseits der Propaganda-Kampagne, die wieder einmal die westlichen Medien verbreiten.

Weitere Themen in dieser Nummer sind der Tarifabschluß bei den Eisenbahnern, wie auch eine Kritik der Politik der IG Metall.

Richtigstellung: In der letzten Nummer druckten wir einen Artikel zur Novemberrevolution aus der Arbeiterpolitik 4/2018 nach. Wir wurden von der Arpo auf Folgendes hingewiesen: Dieser Nachdruck war keine Einschätzung der „Gruppe Arbeiterpolitik“. Vielmehr handelt es sich bei diesem Text um einen Nachdruck eines Aufrufs einer Berliner Initiative, die in Berlin offenbar Veranstaltungen unter diesem Thema organisiert.

Um die Stellung der Gruppe Arbeiterpolitik wiederzugeben, werden wir in unserer nächsten Ausgabe einen Artikel der Gruppe zu diesem Thema abdrucken.

Jörg Wollenberg hat wieder zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung geschrieben. Dabei geht es vor allem um die Bemühungen der IG Metall in den 70er Jahren zur politischen Bildung, um Aufklärung. Sie sind unverzichtbar „zur politisch bewußten Aneignung von Geschichte für Gegenwart und Zukunft.“ (Peter Weiß) Illusionsbildung und historische Fehler sollen vermieden werden. Dazu dienten auch die Wolfgang-Abendroth-Foren und die Rosa-Luxemburg-Foren. Dazu hat die kürzlich verstorbene Rosa Luxemburg-Biographin Annelies Laschitzka viel beigetragen.

Ein weiterer Artikel schildert den Lebensweg Jack Londons („Die eiserne Ferse“). Eine Buchbesprechung über den Gegensatz von Natur und Kapital schließt sich an, angeregt durch die Diskussion dieses Themas



bei unserer letzten Jahreskonferenz. (Diesen Text entnehmen wir der Arbeiterpolitik 5/6 2018.)

Wir bedanken uns herzlich für die Zahlungen und zum Teil außergewöhnlichen Spenden, vor allem um die Jahreswende! Wir können sie, besonders wegen der Portoverteuerungen, gut gebrauchen.

Wir legen in diese Nummer wieder Überweisungsscheine ein.

Hiermit laden wir zu unserem Seminar am 18. und 19. Mai in München ein.

Ein Themenblock wird sich mit der Krise der EU, dem Brexit und den Wahlen zum Europaparlament beschäftigen. Außerdem wollen wir uns mit den aktuellen Entwicklungen in Venezuela befassen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Foto: indymedia.org/ Kommunikationsguerilla-Kampfgruppe-„Bundeswehr enttarnen“

und Hochrüstung stellt einen bedrohlichen Mix dar. Seine Militärausgaben umfassen inzwischen mit 228 Mrd. Dollar knapp ein Drittel des US-Militäretats mit ca. 714 Mrd. Dollar. Japan gibt nach Beseitigung des Pazifismusgebots in der Verfassung für seine Militäraufrüstung 45,4 Mrd. Dollar aus und schickt eigene Raketen mit Kommunikations- und Militärsatelliten ins All. Und Indien, gerade in einen neuen bewaffneten Konflikt mit Pakistan verstrickt, leistet sich 63,9 Mrd. Dollar für sein Militär. Ein nur aus Zeiten des Kalten Kriegs bekanntes Ausmaß bei der Aufrüstung der Staaten (fast 1,8 Billionen Euro Kosten jährlich!) überzieht fast flächendeckend den Globus. Vor kurzem meldete das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, der weltweite Waffenhandel nehme weiter zu. Die Gesamtsumme der Großwaffenverkäufe lag gemäß einer neuen Studie im Zeitraum 2014 bis 2018 um 7,8 Prozent höher als im Vergleichszeitraum 2009 bis 2013. Die USA sind mit großem Abstand und einem Anteil von 36 % an allen Ausfuhren Spitzenreiter, gefolgt von Rußland, Frankreich, Deutschland und China. Größter Waffenbezieher ist Saudi-Arabien. Unter

den 20 größten Rüstungskonzernen der Welt befanden sich 2017 zwölf US-amerikanische (Gesamt-Umsatz: 165.65 Mrd. US-Dollar), zwei britische (27,01 Mrd.), zwei russische (15,33 Mrd.), zwei französische (13,11 Mrd.), ein deutsch-französischer (Airbus Group; 11,19 Mrd.) und ein italienischer (8,86 Mrd.) (Angaben nach people.defensenews.com/top-100). Die Folge von gesteigerten Rüstungsverkäufen in alle Welt ist auch eine deutliche Zunahme von Kriegen und Konflikten und davor zu Hunderttausenden in Richtung Norden nach Europa flüchtender Menschen. Hier wäre mit der ständig alibimäßig beschworenen „Fluchtursachen“-Bekämpfung zuallererst anzusetzen.

US-„Shutdown“ und nationaler Notstand

Nach den Mid-Term-Kongresswahlen im November 2018 in den USA, bei denen die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus errangen, wird für Trump wie einst für seinen Vorgänger Obama mit erreichter Halbzeit das Durchregieren in bestimmten Fragen, etwa der Haushaltsfinanzierung, schwieriger.

Um einen erneut drohenden, unpopulären Shutdown zu umgehen, rief Trump Mitte Februar den nationalen Notstand aus, um über den Notzugriff auf andere, nicht genutzte Haushaltsmittel dennoch an die Finanzierung seines Mauerwahns zu kommen, nachdem ihm die Demokraten-Mehrheit im Repräsentantenhaus „nur“ 1,375 der von ihm inzwischen geforderten 8,6 Milliarden Dollar für Grenzzäune zu Mexiko bewilligte. Eine Reihe von Bundesstaaten, darunter das republikanische Arizona, hat gegen die Notstandsverfügung schon Klage erhoben. Shutdown und Notstandsverfügung werden sogar in den eigenen republikanischen Reihen als grobe Verstöße gegen die US-Verfassung empfunden, Trumps Rückhalt im eigenen Partei-Lager bröckelt. Der linksliberale Bernie Sanders, vor Hillary Clinton zuerst Trumps früherer parteiloser Herausforderer bei der letzten Präsidentschaftskandidatur, hat angekündigt, für die Demokraten 2020 erneut gegen Trump antreten zu wollen. Trumps verbale Angriffe auf NATO-Partner, insbesondere Deutschland, erwecken den Eindruck, als müsste er innenpolitischen Druck ablassen und davon ablenken. Über seinen

wenig diplomatisch agierenden Botschafter Richard Grenell in Berlin ließ Trump erneut verbal gegen das Projekt der Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee scharf protestieren und wirtschaftliche Folgen für daran beteiligte deutsche Unternehmen androhen. Es erhöhe die Abhängigkeit von Rußland und schädige Länder wie die Ukraine. Kein Wort davon, dass dadurch Rußland im Gegenzug auch abhängig von Abnahme und Zahlungen der europäischen Kunden ist. Einhellig bis zu Grünen und Linken verwahrten sich führende deutsche Politiker*innen gegen Grenells „Anmaßung“ und „Erpressung“. Der Grund ist durch Konkurrenz bestimmt. Die USA sehen sich beim Energiehandel mit ihrem teuren Fracking-Flüssiggas gegenüber günstigerem Gazprom-Gas im Hintertreffen. CDU-Wirtschaftsminister Altmaier sagte den USA aufgrund früherer Absprachen eine höhere Gasabnahme zu. Deutschland bezieht das meiste Erdgas, dem aufgrund der Energiewende eine erhöhte Bedeutung zukommt, aus Rußland (Anteil ca. 40 %), Norwegen und den Niederlanden.

Militarisierung des Weltraums

Die USA richten ihren militarisierten Blick nicht nur verstärkt auf den Pazifikraum, sondern zugleich in den nahen Weltraum. Trump hatte dazu erstmals im März 2018 das Vorhaben vorgestellt, eine eigene „Weltraumstreitkraft“ als sechste eigenständige Teilstreitkraft neben Heer, Air Force, Marine, Marineinfanteriekorps und Küstenwache aufzubauen. Im Juni erging an das Pentagon der Auftrag, bis 2020 einen entsprechenden Prozess voranzubringen. Das US-Verteidigungsbudget sieht dazu 2020 einen ersten Betrag von acht Milliarden Dollar vor. Eine Bedrohung von Rußland und China durch Weltraumwaffen von US-Satelliten und Navigationssystemen wie GPS zugrunde gelegt, geht es bei der „Verteidigung im Weltraum“ laut Pentagon-Bericht nicht nur um Präsenz, sondern Dominanz, den „Schutz lebensnotwendiger US-Interessen“ im Weltraum und „uneingeschränkter Zugang im All“, um „frei zu operieren“. Frieden (im All) gebe es laut US-Vize Pence

nur durch „Stärke“ (Force) und meint damit Gewalt und Waffen. (Angaben nach ZEIT Online vom 9. August 2018). Das Projekt ist bisher vor allem eines der Logistik zur Schaffung einer Weltraumentwicklungs-Organisation, Gründung einer Einheit von Experten als „Weltraum-Kriegsführungsprofis“ und eines US-Weltraumkommandos. Es handelt sich also quasi um „Software“, während sich das Konzept über die „Hardware“, d.h. die zukünftig einzusetzenden Waffensysteme, ausschweigt. Außer den unbemannten Transportschuttles des privatwirtschaftlichen Transportunternehmens SpaceX steht den US-Sternenkriegern wie früher kein eigenes NASA-Fluggerät für bemannte Flüge und Materialtransporte ins All zur Verfügung. Auch existiert absehbar keine militärische Raumstation. Ab diesem Sommer sollen erstmals wieder bemannte Starts stattfinden. Die neue Space Force operiert nur vom Boden aus in Verbindung mit Militärsatelliten und möglichen, in der Erdumlaufbahn stationierten Raketenabschussbasen und Energiewaffen.

NATO an der baltischen „Front“

Ungeachtet der US-Kritik ist Deutschland erster Garant der NATO in Europa, sozusagen ihr „Motor“, indem es als wichtigstes Aufmarschgebiet für Truppenverlegungen nach Osten und logistische Drehscheibe bei den jährlichen Großmanövern dient. Der neue (alte) Feind steht wieder im Osten und heißt Putin und Rußland. Dagegen geht die NATO mit ihrer Strategie der „Verstärkten Vornepräsenz“ (Enhanced Forward Presence) in Frontstellung. In Polen und den drei Staaten im Baltikum, Litauen, Lettland und Estland, stehen jeweils eine NATO-Battlegroup mit etwa 1.100 bis 1.300 Mann und Kampfbataillonen bereit. Während in Polen die Amerikaner führen, sind es in Lettland die Briten und die Kanadier in Estland. Die Bundeswehr führt im Kern mit etwa 450 bis 500 Soldaten das Kontingent in Litauen an, davon 150 Mann als Elite-Kampfbataillon. Mangels einer eigenen fungiert die deutsche Luftwaffe als litauische Luftabwehr. Deutsche Eurofighter und britische

und kanadische Kampffjets fliegen Patrouille an den Grenzen und über der Ostsee. Russische Kampffjets ohne Erkennungssignal werden dabei abgefangen und abgedrängt. Ein gefährliches Katz-und-Maus-Spiel, bei dem jede Seite die Toleranzen der anderen auslotet. In der russischen Exklave Kaliningrad sind atomare Kurzstreckenraketen des Typs „Iskander“ mit je vier Marschflugkörpern „9M729“ und einer Reichweite von 400 bis 500 km stationiert, die auch noch Berlin erreichen können. Angesichts der Fähigkeit Rußlands, binnen kurzem mehrere zehntausend Soldaten zusätzlich an die Grenzen zum Baltikum zu verlegen, erfüllen die NATO-Truppen im Ernstfall nur die Funktion eines „Stolperdrahts“, um Zeit für einen eigenen Truppenaufmarsch zu gewinnen, was darauf hindeutet, dass die NATO in einem Krieg als Erste den Atomwaffeneinsatz erwägen könnte. Das Kaliningrader Gebiet ist nur durch einen etwa 80 km breiten Grenzkorridor, die sog. Suwalki-Lücke, vom Dreiländereck Polen, Litauen und Weißrußland entfernt. Dort erwartet die NATO einen möglichen massiven russischen Panzervorstoß über Weißrußland, um das Baltikum abzutrennen. Indessen halten Experten des Hamburger Universitäts-Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) ein militärisches Vorgehen Putins im Baltikum für sehr unwahrscheinlich. Dennoch sind die sensiblen Grenzberührungen im Baltikum zwischen der NATO und Rußland derzeit mit die riskantesten Konfrontationslinien im politisch-strategischen Kräfteressen zwischen beiden Seiten. Die Bezeichnung „neuer Kalter Krieg“ verkennt und überhöht jedoch das Ausmaß der Konfrontation.

Achse USA-Polen

Auf Dienstreise in Europa drohte US-Vize Pence auf einer Nahost-Konferenz in Warschau Großbritannien, Frankreich und Deutschland ernste Konsequenzen an, falls sie weiter am Atomabkommen mit dem Iran festhielten und US-Sanktionen umgehen würden. Die geplante Aufnahme der neuen Republik Nordmazedonien (früher Mazedonien) bis 2020 als 30. NATO-Mitglied, gegen die sich Grie-



Foto: indymedia.org/ Kommunikationsguerilla-Kampfgruppe-„Bundeswehr enttarnen“

chenland jahrelang per Veto sperrte, zeigt, dass man von der Strategie der Bündnis-Osterweiterung nicht abrückt. Ziel ist es nach wie vor, die bestehende NATO-Ukraine-Kooperation in eine Vollmitgliedschaft des unmittelbaren russischen Nachbarn umzuwandeln. Der Konflikt in der Ostukraine unter indirekter russischer Beteiligung auf Seiten der Freischärler, verhindert dies bisher, weshalb Rußland, Minsker Abkommen hin oder her, seinen Fuß nicht aus der Tür nehmen, eher weiter hindurchtreten wird. Ferner verfolgt auch Georgien die Option auf NATO-Aufnahme, doch sind Teile des Landes seit dem kurzen Krieg 2008 russisch besetzt. Polen hat mit US-Vize Pence einen Rüstungsvertrag über 20 neue Raketenabschussysteme im Wert von 365 Millionen Euro besiegelt. Die Auslieferung ist ab 2023 geplant. Unter Berücksichtigung der „NATO-Rußland-Grundakte“ hat man dem erneuten polnischen Ansinnen nach einer ständigen US-Militärbasis („Fort Trump“) im Land nicht entsprechen können, dafür aber die Erhöhung der US-Truppenpräsenz von etwa ein- bis eineinhalb tausend Soldaten um 100 Mann zugesagt, die wie die NATO-Battlegroups im Baltikum gemäß der

Grundakte nur rotierend stationiert sein dürfen, d.h. nach neun Monaten lediglich trickreich ausgetauscht werden. Insgesamt sind an die 3.500 bis 4.000 US-Soldaten in Polen, Rumänien, Bulgarien und im Baltikum stationiert, deren Zahl aber binnen 48 Stunden auf zusätzlich mehrere Tausend erhöht werden kann. Zwei Drittel der 2017 weltweit ausgegebenen 1.740 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär entfallen auf die NATO und mit ihr kooperierende Staaten (zitiert nach uz, Nr. 1/4.1.2019). Beim Weltforum im Januar in Davos kündigte NATO-Generalsekretär Stoltenberg bis 2020 ein zusätzliches Ausgaben-Plus von 100 Milliarden Dollar an, bis 2024 soll dieses sogar 350 Milliarden Dollar mehr betragen. Geld dafür scheint genug vorhanden.

NATO-„Speerspitze“ Deutschland

Bei ihrem Truppenbesuch am 2. Januar auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Wunstorf bei Hannover pries CDU-„Verteidigungs“-ministerin von der Leyen den neuen Militärtransporter A400M Atlas, mit einem inzwischen erheblich verteuerten Stückpreis von ca. 175 Mio. Euro, als das

modernste Transportflugzeug der Welt. Der mit Reichweite, Geschwindigkeit und Transportlast für eine militärische Landesverteidigung völlig überdimensionierte Pannenflieger, von dem die Luftwaffe ursprünglich 63 Maschinen geordert hat (und nun noch 50 übernimmt), ist ein einziger Beschaffungsskandal. Die sich aufs Schönreden verstehende Ministerin wertete den Bericht vom 29. Januar des Bundestags-Wehrbeauftragten Bartels (SPD) hinsichtlich der „in allen Bereichen fortbestehenden Mangelwirtschaft“ bei Material- und Personal der Truppe, als „Ansporn“ Ungeachtet der Kritik stellt von der Leyen in ihren Verlautbarungen fest, man sei bei der Modernisierung mit den Vorgaben aus dem Verteidigungs-Weißbuch und dem Konzept „Fähigkeitsprofil“ für die Truppe auf dem richtigen Weg. Man käme überdies gut voran bei der Schaffung einer Europäischen Verteidigungs-Union, mit der im Aachener Vertrag jüngst besiegelten deutsch-französischen Allianz im Kern, die auch die gemeinsame Rüstungskooperation festlegt. CSU-Chef und Ministerpräsident Söder regte gegenüber „Bild“ einen „Marshall-Plan“ für die Bundeswehr an. Die Bundeswehr brau-

che angesichts unsicherer Weltlage keine Aufrüstung, aber eine „bessere Ausrüstung“, sagte er und stellte damit nichts anderes fest, als was vor Monaten schon die SPD-Chefin Nahles betonte. Deutschland hat in der superschnellen NATO-Eingreiftruppe „Speerspitze“ VJTF (Very High Readiness Joint Task Force) mit 8.000 Soldaten für den Soforteinsatz mit einem Anteil von 4.000 Soldat*innen die Führung übernommen. Sie soll vor allem Einsatzbereitschaft gegenüber Russland demonstrieren und Abschreckung untermauern.

Militärhaushalt in unbegrenztem Wachstum

2025 würde nach derzeitiger Projektion - trotz neu drohendem Haushaltsloch - der deutsche Militäretat mit 1,5 bis 2 Prozent des BIP sage und schreibe 59,78 Mrd. Euro betragen (2018: 38,5; 2019: 43,2; 2022: 51,43 Milliarden), fast so viel wie der gegenwärtige russische mit 66,3 Mrd. Dollar. Man fragt sich, für welche Anschaffungen und konkreten politischen Ziele? Ein zweites Los von fünf weiteren Korvetten K-130 der Bundesmarine zu den schon vorhandenen fünf, die größer und zugleich hochseetüchtig die außer Dienst gestellten Schnellbootgeschwader ersetzen, geht gerade in die Bauphase, die ab 2022 nach und nach der Marine zulaufen sollen. Der Kostenumfang der dann in Warnemünde stationierten 2. Korvetten-Flottille soll voraussichtlich zwei Milliarden Euro (plus Verteuerung) betragen. Zentrum eines Schiffbaukonsortiums ist die Lürssen-Werft in Lemwerder an der Unterweser bei Bremen mit weiteren Standorten in Hamburg und Kiel. Das neue Mehrzweckkampfschiff MKS-180 soll mit zunächst vier Einheiten die Baureihe der elf im Dienst (bzw. z. T. im Bau) befindlichen Fregatten ergänzen, die dann mit über 10.000 t Verdrängung und fast 180 m Länge in radarabweisender Stealth-Bauweise die größten Kriegskampfschiffe der deutschen Marine sein werden. Bis Ende der 2020er Jahre könnte die Bundesmarine dann 25 Großkampfschiffe und acht U-Boote, dazu drei große Einsatzgruppenversorger umfassen. Im Vergleich zu den Flotten

Großbritanniens (zwei neue Flugzeugträger) und Frankreichs mit nuklearen U-Boot-Komponenten ist das immer noch eine relativ kleine, konventionelle Seemacht, mit der Deutschland allein keine großen weltpolitischen Sprünge unternehmen kann. Der Personalumfang der Bundeswehr wird bis 2024 von jetzt knapp 180.000 wieder auf 203.000 Männer und Frauen steigen. Sie soll zudem für EU-Bürger*innen geöffnet werden. Im zurückliegenden Jahrzehnt stiegen die Militärausgaben „nur“ um rund 10 Milliarden und deckten hauptsächlich Verteuerungen bei Beschaffungsprogrammen ab. Zwischen Deutschland und Frankreich entsteht ein neuer Militärisch-industrieller Komplex, an dem verschiedene nationale Unternehmen wie Airbus Defence Systems, Krauss-Maffei, Dassault Aviation und Nexter beteiligt sein werden. Dabei geht es vor allem um einen neuen gemeinsamen Panzer statt des französischen Leclerc und deutschen Leopard 2 (Prototyp Euro-MBT-Panzer) und ein neues Kampflugzeug. Geprüft wird derzeit, ob die deutsche Luftwaffe für den Übergang eine Anzahl von amerikanischen „F/A-18“-Kampffjets „Superhornet“ von McDonnell/Boeing erhalten soll, die den alternden Atomwaffenträger „Tornado“ ablösen sollen, wofür auch ein modifizierter „Eurofighter“ von Airbus in der engeren Wahl ist. Doch beide Typen sind nicht für die Aufgabe aus der „nuklearen Teilhabe“ der deutschen Luftwaffe zertifiziert. Über sie erhalten NATO-Verbündete wie Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien und die Türkei im gegebenen Fall nach Freigabe durch die USA Zugang zu in Europa lagernden US-Atomwaffen wie z.B. in Büchel in der Ost-Eifel, um sie selbst einzusetzen. Deutschland will dafür zusammen mit Frankreich und weiteren Beteiligten wie Spanien bis 2040 das neue Tarnkappenbomberprojekt im Rahmen von „FCAS“ (Future Combat Air System) bereitstellen. Es wird das teuerste Kampfflugzeug, das Deutschland jemals hatte. FCAS bedeutet ein ganzes System von Drohnen, Kampfflugzeugen und Militärsatelliten mit Cyberkriegsfähigkeit und Energiewaffen. Frankreichs legendärer Staatspräsident De Gaulle hatte es im Kalten Krieg

immer abgelehnt, die Bundesrepublik ohne eigene Nuklearwaffen mit unter den französischen atomaren Schirm zu nehmen.

Die komplexe Lage in Syrien

An der syrischen Nordgrenze steht seit Ende vorigen Jahres die Armee der Türkei (Militäretat: 18,2 Mrd. Dollar) für eine geplante Offensive angeblich gegen den IS-Terrorismus bereit, wie aus Ankara verlautete. Doch das IS-Terror-Kalifat verfügt dort inzwischen über keine Gebiete und Kampfbasen mehr. In Wirklichkeit geht es darum, das des Terrorismus verdächtige kurdische Volk in diesen Gebieten und seine Selbstverteidigungskräfte YPG zu bekämpfen, zu vertreiben und auszuschalten. Die YPG werden von den Syrian Democratic Forces (SDF) angeführt, die in der syrischen Armee nun neue Verbündete zu finden scheinen, nachdem die US-Truppen als „Puffer“ aus der Region jetzt abgezogen werden sollen. Bislang hält sich die Türkei mit einer neuen Offensive allerdings zurück, solange sich der US-Abzug noch verzögert und offenbar nun doch noch 200 US-

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Soldaten im Land verbleiben sollen. Trotz Trumps wenig glaubwürdiger Twitter-Drohung, man werde die türkische „Wirtschaft zerstören“, falls gegen die verbündeten Kurden in Nordsyrien vorgegangen würde, besteht letztlich kein Zweifel an amerikanisch-türkischer Interessensallianz. Beide Staaten befürworten die Schaffung einer 30 km breiten und 400 km langen Sicherheitszone auf syrischem Boden, die den Kern der kurdischen Gebiete berührt und bedroht. Erdogan ist an der stark türkisch durchdrungenen, syrischen Region um Idlib gelegen, 2018 noch kontrolliert von Rebellen-Milizen der Freien Syrischen Armee (FSA), und er verfolgt zudem das Interesse, als an den Syrien-Gesprächen mit Rußland und Iran beteiligte Regionalmacht auf die weitere Entwicklung in Syrien Einfluss zu nehmen. Syriens Präsident Assad bekräftigte jüngst sein Angebot von militärischem Schutz für die Kurden in Syrien, da sie von den USA keinen Schutz erwarten könnten und wenn sie nicht als „Sklave der Ottomanen“ enden wollten.

Israel/USA und Iran im Dauerclinch

Der schiitische Iran beging am 11. Februar den 40. Jahrestag der Islamischen Revolution der Mullahs. Die Beseitigung des westlich orientierten, autokratisch-repressiven Schah-Regimes war eine eigenständige Machtdemonstration von Bedeutung eines „Dritte-Welt“-Landes gegen die imperialen USA, die den Iran wiederum durch Unterstützung des irakischen Diktators Saddam Hussein im ersten Golfkrieg der 1980er Jahre zwischen Irak und Iran zu bekämpfen suchte. Die Iraner (Militäretat 2017: 14,09 Mrd. Dollar; lt. statista.com) testeten unlängst eine neue Boden-Boden-Mittelstreckenrakete „Desful“, die 1.000 km Reichweite haben, nuklearwaffen-fähig sein soll und die israelischen Städte Tel Aviv und Haifa erreichen kann. Teheran unterstützt als Pro-Assad-Partei eigene Al-Quds-Brigaden und die Hisbollah-Milizen in Südwest-Syrien, gegen welche sich wiederholte israelische Luftangriffe auf Milizen-camps und Munitionslager bei Da-

maskus richteten, bei denen es auch zivile Tote gab. Israel (Militäretat: 15,5 Mrd. Dollar; lt. statista.com, 2019) brandmarkt offen unentwegt das iranische Atom- und Raketenprogramm und sein Syrien-Engagement als Bedrohung seiner Existenz, lässt aber immer unerwähnt, dass es selbst mit seiner Luftwaffe und atomaren Mittelstreckenraketen den Iran schon viel länger im Visier hat und mehrfach völkerrechtswidrig dessen zivile Atomergieanlagen im Bau zerstörte. Die USA betreiben mit scharfen Sanktionen und international gezielt die Delegitimation und Isolierung des Mullah-Regimes und fordern vor allem die EU-Staaten unter Androhung von Handelskonsequenzen auf, ihr Festhalten am einseitig von den USA gekündigten Atomabkommen mit dem Iran endlich aufzugeben. Israel arbeitet an einer gemeinsamen Allianz mit arabischen Staaten (Saudi-Arabien, VAE) zur „Bekämpfung“ des Iran. In einer Videobotschaft am 14. Februar benutzte Präsident Netanjahu hierfür das hebräische Wort für „Krieg“. Auf der Münchner Konferenz verwahrte sich der iranische Außenminister Sarif gegen alle offenen Angriffe gegen sein Land und bezeichnete das US-Vorgehen als von „pathologischer Besessenheit“ geleitet. An gleichem Ort beklagte Katars Außenminister Mohammed al-Thani eine weitere „Blockbildung“ und „dramatische“ Polarisierung in der Nahostregion, an der jedoch sein Land nicht unbeteiligt ist.

Bürger- und Stellvertreterkrieg im Jemen

Die Militärintervention seit 2015 einer breiten, saudisch-geführten Länderallianz (u. a. VAE, Katar, Kuwait, Jordanien, Sudan, Senegal, Pakistan) richtet sich gegen die Rebellion der Huthi-Milizen. Diese kämpfen aus ihrer Sicht gegen eine Unterdrückung und Benachteiligung durch die jemenitische Regierung Präsident Hadis, der aus der Hauptstadt Sana im Landesinnern vertrieben wurde und zum saudischen Nachbarn flüchtete. Den etwa 150.000 bis 200.000 Soldaten und Kämpfern der Allianz mit massiver saudischer Luftwaffenunterstützung (Luftbetankung durch USA),

steht eine Zahl von 2.000 bis 10.000 Huthi-Milizionären gegenüber. Das größtenteils halbwüstenhafte Land im Süden der arabischen Halbinsel mit einer westlichen Gebirgsregion, aus deren Norden die Huthi stammen, verfügt vor allem über Öl. 90 % des Exports machen Erdöl und Erdölprodukte aus. Seine Lage am südöstlichen Ausgang des Roten Meeres mit Öffnung zum Golf von Aden und Indischen Ozean verleiht dem Jemen eine geostrategische Bedeutung. Auch für den „Schattenkrieg“ der USA am Horn von Afrika, wo die US-Air Force in Somalia laut „New York Times“ allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 24 Luftangriffe gegen vermutete Stellungen der sunnitischen Al Shabaab-Milizen flog, bei denen Hunderte Menschen, darunter viele Zivilisten, starben. Im und aus dem Jemen operieren zudem radikalislamistische Gruppierungen des Al Kaida-Netzwerks und des IS. Der hinter der kriegerischen Auseinandersetzung stehende jahrzehntelange Konflikt zwischen den Bevölkerungsgruppen der sunnitischen Mehrheit und der schiitisch-zaiditischen Minderheit hat politische, stammesethnische, religiöse und landesgeschichtliche Ursachen. Dahinter steht außerdem der Kampf um Hegemonie zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, der sich hinter die Huthi stellt. Das ruft wiederum die Einmischung des Westens auf den Plan, dessen Vertreter USA, Großbritannien und Frankreich mit Logistik und einer Seeblockade (USA/Pakistan) die Regierung unterstützen, während Deutschland an verschiedene Allianzmitglieder wie Saudi-Arabien, VAE und Katar Waffentechnik lieferte. Die teils erbitterten Kämpfe, an denen auf beiden Seiten Teile von Jemens Armee beteiligt sind, finden vor allem im westlichen Drittel des Landes um die wichtigen Städte Sana, Hodaida, Ta'izz und Aden statt. Das Land ist reich an Kulturgütern wie der antiken Stätte Saba. Der Krieg wird begleitet von einer der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart mit Flüchtlingselend (2018: 2,3 Mio. Binnenflüchtlinge), Hunger und gesundheitlicher Not. Offiziell waren bis März 2016 fast 3.100 Ziviltote zu beklagen. Die UNO geht 2019 von einem zivilen Hilfebedarf von 4,2 Milliarden Dollar aus.

Der INF-Vertrag von 1987

Die stets als rein defensiv deklarierte US-Raketenabwehr in Polen und Rumänien kann mit nur wenigen technischen Modifikationen in eine offensive Raketenwaffe mit Mittelstreckenreichweite verändert werden, was im Aufrechnen neuer russischer und amerikanischer Mittelstreckenwaffen immer ausgeglichen wird und Rußland nicht zu Unrecht Grund zur Beschwerde über ein ungleiches Kräfteverhältnis gibt, weshalb man nachzurüsten gedenke. Grundsätzlich betrachtet ist der Kern des INF-Vertrags nicht mehr zeitgemäß, da auch Länder wie China, Pakistan, Indien, Nordkorea, Israel, (potenziell Iran), darunter z.T. sog. inoffizielle Atomkräfte, über atomare Boden-Boden-Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 km verfügen, die vom INF-Reglement erfasst werden müssten. Die seegestützten Systeme sind ohnehin nicht vom INF-Abkommen abgedeckt. Der alte INF-Vertrag ist ein Produkt des bipolaren Kalten Kriegs mitten auf dem europäischen Kontinent, als weltweit bis zu 70/80.000 Atomwaffen existierten, davon etwa 4.000 auf westeuropäischem Boden (Stand 2012: 150-200, davon 20 in Deutschland). Im Gegensatz zu den heute „nur“ noch etwa 16.000, davon über 90 Prozent im Besitz der USA und Rußlands. Darauf verweist auch ständig China als Grund, weshalb es nach den Worten des bei der Münchner Konferenz auftretenden hochrangigen chinesischen Außenpolitikers im ZK, Yang Jichie, nicht beabsichtige, sich an einem neuen erweiterten INF-Abkommen zu beteiligen. Die EU-Länder Frankreich und Deutschland wollen, wie beteuert wird, nichts unversucht lassen, den gekündigten INF-Vertrag noch einmal zu retten. Armeeministerin von der Leyen räumt zugleich präventiv ein, dass bei einem Scheitern dann nachgerüstet werden müsste. Also alles wie gehabt beim NATO-Doppelbeschluss von 1979, vierzig Jahre zurück.

Deutsche Rüstungsexporte rückläufig?

Bei den deutschen Rüstungsexporten ist ein im Trend liegender

erneuter Rückgang zu verzeichnen. Bis zum 13. Dezember 2018 gab es nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 4,62 Milliarden Euro gegenüber 2017 mit 6,24 Milliarden. 2015 waren es noch mit Höchststand seit Beginn der öffentlichen Berichterstattung 7,86 Milliarden Euro. Die Summe reiht sich damit immer noch ein in die Top-Werte der letzten Jahre, während die Bundesregierung 2017 zur rückläufigen Summe erklärte, sie „bestätigt die Fortführung einer verantwortungsvollen Rüstungsexportpolitik“. Bereits vor 2015 wurde das autokratische, saudische Regime in Riad aus deutscher Sicht als Sicherheitsgarant der Region betrachtet und großzügig mit Waffentechnik versorgt. Saudi-Arabien rangierte an sechster Stelle der deutschen Waffenkunden. Im 1. Halbjahr 2015 erhöhte sich die Summe der Ausfuhren nach Saudi-Arabien (Militärausgaben: 69,4 Mrd. Dollar!) und Nordafrika von 219 auf 587 Millionen Euro. Als völlig unverständlich und „schäbig“ bezeichnete es die Linke-Sprecherin Sevim Dagdelen auf „heute.de“, dass die deutsche Regierung 2018 eine deutliche Zunahme von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien zugelassen habe. Allein bis Oktober führten deutsche Firmen Waffen in das im Jemen kriegführende Land im Wert von 160 Millionen Euro aus - 50 Millionen Euro mehr als 2017. Auf der Münchner Konferenz sprach sich die deutsche Kanzlerin für eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik aus. Dies wird als Folge unweigerlich zu einer Absenkung der im europäischen Vergleich relativ strengen deutschen Kontrollauflagen führen. Druck auf Berlin üben dabei Frankreich (Militäretat 2017: 57,8 Mrd. Dollar bzw. 1,8 % des BIP) und Großbritannien (47,2 Mrd. und 2,1 %) aus. So forderte der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire eine Lockerung der strikten Regelungen für Waffenexporte in Drittländer mit den Worten: „Es ist nutzlos, durch verbesserte Kooperationen zwischen Frankreich und Deutschland Waffen herzustellen, wenn man nicht in der Lage ist, sie zu exportieren.“ („Welt am Sonntag“, 24.2.). Deutschland soll nach britischer und französischer Vor-

stellung z.B. Gemeinschaftsprojekte wie den Eurofighter aus dem Exportstopp nach Saudi-Arabien ausnehmen. Merkel signalisierte Verständnis und Kompromissbereitschaft. Der Rüstungsexport-Berichterhalter der SPD-Fraktion im Bundestag, Florian Post, empfahl SPD-Chefin Nahles vor dem Treffen des Koalitionsausschusses den endgültigen Stopp von Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien, die bisher wegen der Kashoggi-Affäre noch bis Ende März blockiert sind. Grünen-Fraktionschef Hofreiter fordert ein europäisches Rüstungsexport-Kontrollgremium und eine klare Ausfuhrbegrenzung.

Münchner Sicherheitskonferenz – ein Fazit

Die Münchner Sicherheitskonferenz msc oder SiKo ist zumeist ein genauer Indikator für Stimmungslagen und aufscheinende Grundlinien im politischen Weltgeschehen. In einem „Spiegel“-Interview sagte Konferenzleiter Wolfgang Ischinger vorab: „Wir erleben einen Epochenumbruch. Seit dem Zerfall der Sowjetunion war die Lage nie so gefährlich wie heute.“ Als kurzes Fazit des diesjährigen Treffens von etwa 600 hochrangigen politischen Repräsentanten, Militärs und Rüstungslobbyisten vom 15. bis 17. Februar lässt sich festhalten: Wie schon im Vorjahr, aber noch viel deutlicher, traten mehr die zunehmenden Widersprüche, strategischen Konkurrenz und multipolaren Rivalitäten als Gemeinsamkeit und Bereitschaft zum Dialog hervor. Das Sicherheitsverständnis der Teilnehmer ist eindimensional fixiert auf Aspekte hochgerüsteter Militärmacht und internationaler Interessenpolitik und grenzt dringend gebotene, relevante friedens- und Abrüstungspolitische Einsichten, Erfordernisse und Initiativen kategorisch aus.

EK/HB, 14. März 2019

Fast alle Angaben zu Militärhaushalten entstammen einer Übersicht von 2017 des schwedischen SIPRI-Instituts/ Fact Sheet Rüstung der Infostelle Militarisation IMI, Dez. 2018

„Linksruck“ der SPD

Im März letzten Jahres haben wir uns in einem Artikel „SPD und GroKo ja – nein – vielleicht“ mit der SPD befasst. Damals hatten sich die SPD-Mitglieder mit 66% für eine Beteiligung ihrer Partei an der Großen Koalition mit der CDU/CSU ausgesprochen; 78% der Mitglieder hatten abgestimmt. Wir schrieben damals: „Man muss davon ausgehen, dass ein erheblicher Anteil der JA-Stimmen nicht aus echter Zuneigung für die Koalition erfolgte, sondern nur deshalb zustande kam, weil die Mitglieder der SPD eine weitere Ver-

nicht weitergehen kann. Vier Landtagswahlen stehen 2019 bedrohlich vor der Tür – eine Marginalisierung der Partei im Osten Deutschlands ist nicht ausgeschlossen.

Bei Strafe des Versinkens in die Bedeutungslosigkeit, wie es bereits das Schicksal anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa war, bemüht sich die SPD um Schadensbegrenzung, ja sie strebt sogar eine „Trendwende“ an.

Nach vielen Aussprachen, Klausuren und im Debattencamp scheint sich die SPD auf das ihr immer noch

die geplante Neuausrichtung scharf und sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe, „die SPD plant die Beerdigung der sozialen Marktwirtschaft“ – als ob diese tatsächlich noch existiere – und hat sich „mit ihrem Wunsch, wieder Wähler zu gewinnen, für einen strammen Linkskurs entschieden.“ Wirtschaftsvertreter sprechen von einem Griff in die soziale Mottenkiste. In der Süddeutschen Zeitung kritisierte der Chef der Wirtschaftsweisen, Christoph Schmidt, die SPD-Pläne mit den Worten, „die Partei schickt sich an, das arbeitsmarktpolitische Rad wieder zurückzudrehen“.

Worin besteht nun dieser sogenannte „Linksruck“ inhaltlich, den der SPD-Vorstand beschlossen hat und der von ihr als „neuer Anfang“ für die SPD bezeichnet wird, mit dem die Partei Hartz IV hinter sich lassen will.

An die Stelle von Hartz IV soll ein Bürgergeld-Modell treten, mit weniger Sankti-

SPD-Flugblatt

WAS NACH HARTZ IV KOMMEN MUSS SOZIALSTAAT AUF DER HÖHE DER ZEIT

Die SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles hat eine Debatte angestoßen. Es geht um die Frage: Was kommt nach Hartz IV? Ihr Vorschlag: Eine große Sozialstaatsreform mit einem Barwertkriterium. Weg vom Misstrauen gegenüber den Menschen hin zu einem sozialen

schärfung der Parteikrise vermeiden wollten.“ Heute, ein Jahr später, ist deutlich geworden, dass damit dieses Ziel nicht erreicht werden konnte. Der Niedergang der Partei hat sich vielmehr weiter fortgesetzt.

Der Abstieg der SPD bei den Landtagswahlen in Bayern mit 9,7% und in Hessen, einer einstigen Hochburg, mit 19,8% (vorher 30,7%), ist eine dramatische Niederlage.

Dennoch hat es einige Zeit gedauert, bis die Parteiführung eingesehen hat, dass es mit einem weiter so nicht mehr vorwärts gehen kann und sie sich zu einer Kursänderung genötigt sah. Eine „Erneuerung“ der SPD wurde auf die Tagesordnung gestellt, aber wie diese konkret aussehen soll und was sie beinhalten soll, blieb weiterhin im Unklaren.

Deutlich geworden ist den Genossen und Genossen, dass es so eben

anhaftende Image, die Partei der kleinen Leute zu sein, zu besinnen und möchte sich nun nach Agenda und Hartz IV wieder ein linkeres Image geben. Der Sozialstaat soll erneuert werden. Andrea Nahles erklärte in der Berliner Zeitung vom 6.2., das System solle wieder „vom Kopf auf die Füße gestellt werden“ – hier stellt sich allerdings schon die Frage, wer es denn vorher umgestülpt hatte. Der SPD-Vorstand hatte ein Konzept beschlossen, das den Titel trägt: „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit. Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“. Allein diese Ankündigung brachte die SPD bereits in der Gunst der Wählerinnen und Wähler nach vorne, was natürlich auch deutlich macht, wie es um deren Bewusstsein bestellt ist.

Sofort nach diesen Ankündigungen hagelte es auch Kritik von rechts. CDU-Vize Bouffier kritisierte

onen und höheren Leistungen für ältere Arbeitslose. Wer lange eingezahlt hat, soll bis zu drei Jahre Arbeitslosengeld bekommen, statt wie heute nach 12 oder 24 Monaten der Sozialhilfe anheim zu fallen. Vorgesehen sind außerdem für jüngere Hartz IV-Bezieher weniger Sanktionen, jedoch keine Anhebungen der Bezüge außer der Reihe. Die bisherigen Regelsätze sollen unverändert bleiben. Auf das Vermögen der Empfänger des „Bürgergelds“ soll nicht so schnell zugegriffen werden können wie bei Hartz IV. Zudem soll es bessere Leistungen für Kinder – die Kindergrundsicherung – geben. Weiterhin ist eine schrittweise Anhebung des Mindestlohns auf 12 € sowie eine Ausweitung von Qualifizierungsangeboten für Arbeitslose vorgesehen. Gefordert werden außerdem Zeitkonten für Überstunden und das Anrecht

auf Home Office. Die Tarifbindung soll u.a. durch steuerliche Anreize gestärkt werden.

Ein weiterer Schritt in Richtung „neuer Sozialstaat“ ist die Grundrente, von Hubertus Heil als „Respektrente“ bezeichnet. Damit sollen Geringverdiener bessergestellt werden als Menschen, die nicht oder nur wenig gearbeitet haben. Wer mindestens 35 Jahre sozialversicherungspflichtig in Voll- oder Teilzeit gearbeitet hat oder entsprechende Zeiten der Kindererziehung oder Angehörigenpflege nachweisen kann, soll nicht mehr in die Grundsicherung fallen, wie die Sozialhilfe im Alter heißt. Stattdessen würde die Rentenkasse automatisch die erworbenen sogenannten Rentenpunkte hochstufen und einen Zuschuss bezahlen, mit dem Betroffene unterm Strich mehr Geld als in der Grundsicherung hätten. Im Maximalfall läge das Plus bei 447 € im Monat (Hannoversche Allgemeine vom 4.2.). Das vorgebliche Ziel wird dennoch verfehlt, denn die Grundrentenbeträge bleiben in der Armutszone, sie bieten also keinen Schutz vor Altersarmut.

So steht das im Prinzip auch im Koalitionsvertrag – nicht viel Neues also. Der Streit entzündet sich daran, dass die SPD keine Bedürftigkeitsprüfung mehr vorsieht. Die Union wirft der SPD nun vor, damit den Koalitionsvertrag brechen zu wollen und kündigt massiven Widerstand an. In den Reaktionen aus der SPD zeigt sich, wie gespalten die Partei in dieser Frage in sich selber ist. Der Mittelstandsbeauftragte der SPD, Harald Christ, beobachtet die Entwicklung seiner Partei mit Sorge. Er fordert einen Kurs der Mitte und warnt vor einem Wettbewerb mit der Linkspartei. Andernfalls sieht er für die Zukunft der SPD schwarz.

Für die Linke begrüßt Vorsitzender Riexinger die Grundrente als einen Schritt in die richtige Richtung. Vor allem Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland könnten davon profitieren. Er ist allerdings der Meinung, dass sie zu kurz greift, denn sie löst das Problem der Altersarmut, besonders von Frauen und jüngeren Generationen nicht, denn sie geht mit den geforderten 35 Beitragsjahren an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei.

Völlig unannehmbar ist das neue Sozialstaatskonzept der SPD für die Unternehmerverbände. BDI-Präsident Kramer warnte vor „einer Rolle rückwärts in ein sozialpolitisches Denken des letzten Jahrhunderts, das die Wirtschaft abwürgt und eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hat.“



FÜR EIN GUTES LEBEN IN EINEM SOLIDARISCHEN LAND!

MEHR SOZIALER WOHNUNGSBAU • NEUE JOB-CHANCEN FÜR LANGZEITARBEITSLÖSE • STABILE RENTE • BESSERE PFLEGE MIT 13.000 NEUEN STELLEN

SPD



FÜR EIN GUTES LEBEN IM ALTER IN EINEM SOLIDARISCHEN LAND!

DER NEUSTART FÜR EINE STABILE RENTE! DIE RENTEN STEIGEN WIE DIE LÖHNE UND AUCH DIE KOMMENDEN GENERATIONEN KÖNNEN AUF EINE STABILE RENTE VERTRAUEN.

SPD.DE

SPD-Wahlwerbung zur Europawahl

Entgegen dem Getrommel von Union, FDP und der Wirtschaft vom „Linksruck“ der SPD entpuppt sich das Konzept des „Sozialstaats für eine neue Zeit“, mit dem sie Hartz IV hin-

ter sich lassen will, als ein Schrittmacher in die richtige Richtung. Wenn das allerdings alles an Erneuerung sein soll, was sich die Sozialdemokratie vorstellen kann, so zeigt das, wie weit sich die SPD von ihren ehemaligen Forderungen, als sie noch traditionelle sozialdemokratische Inhalte hatte, entfernt hat.

Doch wie will die SPD ihre Vorhaben nun durchsetzen? In der Großen Koalition wird ihr das kaum gelingen. Hier müssen wir uns nun ein wenig ins Reich der Spekulationen begeben. Die SPD könnte ja immer wieder versuchen, der CDU/CSU den schwarzen Peter zuzuschieben und darauf hinweisen, dass sie als SPD ja schon wollte – allein ihre arbeitnehmerfreundlichen Vorhaben ließen sich mit der Union nicht verwirklichen. Diese allzu offensichtliche und leicht durchschaubare Taktik würde von den Wählerinnen und Wählern nicht hingenommen. Außerdem müssten die Medien mitspielen, die bei der Bildung der GroKo die Frage der Staatsverantwortung hauptsächlich bei der SPD sahen und weniger bei der FDP, die sich ja mit ihrem feigen Rückzug aus den Verhandlungen für die Jamaika-Koalition vor der Regierungsverantwortung gedrückt hatte. Blicke als Alternative die Beendigung der Koalition – aber das hat Nahles kategorisch ausgeschlossen. Eine weitere Möglichkeit wäre, das ganze „Erneuerungsprogramm“ lediglich als linkes Blinken abzutun und es, bevor es überhaupt wirklich spruchreif ist, um des lieben Koalitionsfriedens willen gleich wieder in die Tonne zu treten. Damit würde die SPD nun das Restchen Vertrauen, das sie noch genießt, verspielen – geht eigentlich auch nicht. Da bleibt nun nicht mehr viel übrig. Ein Einstehen für das neue Sozialstaatsmodell könnte Glaubwürdigkeit bringen, die Aufkündigung der Koalition würde von der Union ausgehen und die SPD könnte in Sachen Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern punkten – so Nahles denn da mitspielt. Anders ausgedrückt, die SPD macht dieses neue Sozialstaatsprogramm zu einem Teil ihres Wahlprogramms und verschafft sich eine ganz passable Position für Neuwahlen.

Aber da war doch noch etwas: Dass die SPD sich in ihrem neuen Sozialstaatsmodell nur auf Korrekturen der Agenda 2010 einlässt, ohne diesen „Sündenfall“ als eine Ursache ihrer Unglaubwürdigkeit einzugestehen, ist die eine Sache. Die andere, die geflissentlich außen vor bleibt, ist die Frage der finanziellen Schieflage in Deutschland. Von einer Umverteilung von Oben nach Unten ist in der SPD anscheinend nicht die Rede, bzw. es kommt nichts davon an die Öffentlichkeit. Unter der Kohl-Regierung lag der Spitzensatz bei der Einkommensteuer bei knapp 54%, es brauchte schon die „rot“-grüne Regierung Schröder-Fischer, um diesen auf 42% zu senken. Der Satz der Körperschaftsteuer sank von 50% ab 1989 auf heute 15%: lauter zusätzliche Geschenke an die Reichen in diesem Lande; Geschenke, die nach verschiedenen Berechnungen um die 50 Milliarden Euro jährlich ausmachen – und das seit 2002. Zusätzlich wurde hier der größte Niedriglohnsektor in der EU eingeführt, was maßgeblich zum Status Deutschlands als Exportweltmeister beigetragen hat auf Kosten der anderen EU-Staaten; andererseits hat gerade dies die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter aufgehen lassen.

Auf der Tagesordnung mussten außerdem die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine gerechtere Erbschaftsteuer sowie eine Besteuerung der Spekulationsgewinne stehen. Von all dem ist beim „Linksruck“ der SPD nichts zu vernehmen. Mit dem dann gut gefüllten Staatssäckel könnten längst überfällige Investitionen in die Infrastruktur getätigt werden; z.B. könnten Schulen saniert oder im Gesundheitssystem die Privatisierungen zum Zweck der Profitbildung wieder rückgängig gemacht werden. Die Liste wäre lang...!

Mit einem solchen Programm könnte die SPD die Linke ins Boot holen; allerdings reicht das auch nicht für eine Regierungsmehrheit und ob die Grünen sich an einer Koalition mit diesen Inhalten beteiligen würden, muss bezweifelt werden.

Abgesehen davon ist in der deutschen Bevölkerung weder Bereitschaft noch Akzeptanz für eine Regierung aus SPD, Linken und Grünen vorhanden. Denn die Gesellschaft wartet nicht auf einen Linkskurs.

Aber Schluss mit den Spekulationen!

Fazit ist, die SPD hat die Lage erkannt und beginnt trotz ihrer momentanen 15% einen Überlebenskampf zu führen. Sie muss sich wenigstens ein bisschen in ein alt-sozialdemokratisches Mäntelchen hüllen, um bei den anstehenden Landtagswahlen in Bremen, Sachsen, Thüringen und Brandenburg nicht marginalisiert zu werden.

Das dürfte wohl auch einer der Hauptgründe für das Programm des neuen Sozialstaats sein – Parteiführung und Mitglieder wissen, dass ihnen das Wasser bis zum Halse steht. Weitere deutliche Verluste bei den kommenden Wahlen bedeuten auch einen weiteren Verlust von Posten, die zu vergeben sind, und einen herben Einbruch der Parteifinanzen. Wenn beides weniger vorhanden ist, wird der ganze Parteiapparat schrumpfen müssen. Wie sich das auf die Aktivitäten und die Attraktivität der SPD im Lande auswirken wird, liegt auf der Hand.

Zum Schluss soll ein Absatz des Artikels aus der Frühjahrsnummer 2018 zur Einschätzung des neuen „Linksrucks“ herangezogen werden:

„Aber die SPD konnte sich auch nicht zu einer echten Kurskorrektur durchringen. Es ist auch fraglich, ob das dieser SPD überhaupt möglich ist. Denn sie müsste sich dazu tiefgreifend ändern und Positionen und Begründungen aufgreifen, die man bisher als Leistung und Erfolg der SPD verkauft hat.“

Die SPD will der Anwalt der Bevölkerung für soziale und progressive Themen sein. In der Realität akzeptiert sie aber stillschweigend die Bedingung, das nur unter Bejahung und strikter Beachtung der kapitalistischen Logik und der sich daraus ergebenden Grenzen zu machen. Im Konfliktfall muss das Soziale und Progressive dann des Öfteren hinter anderen Interessen, die als Allgemeinwohl, Staatsinteressen, Marktzwänge etc. verkauft werden, zurücktreten.

Diese Haltung müsste die SPD aufgeben. Damit ist noch nicht gemeint, dass die SPD konsequent antikapitalistisch werden müsste. Aber sie müsste sich wieder ernsthaft fragen, welche Interessen sie eigentlich vertreten will.“

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 202 Winter 2018/2019, 36 S.

- Flucht und Migration – I
- Unsere Jahreskonferenz
- Flucht und Migration – II
- Türkei nach der Wahl
- Kann die SPD von Labour unter Corbyn lernen?
- 100 Jahre unvollendete Revolution
- Letzte Worte zu Lebzeiten von Heinrich Brandler

Nr. 201 Herbst 2017, 3& S.

- Fraktionsstreit zwischen den Unionsparteien
- Der NSU-Jahrhundertprozess und ein Scheinurteil
- Wie die EU ihre Außengrenzen „sichert“
- Bremen: Die Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung
- Die zionistische Kampagne gegen Corbyn

Nr. 200 Sommer 2017, 32 S.

- Zu internationalen Tendenzen
- Volksparteien in der Krise
- Politische Sammlungsbewegungen als Reaktion auf die Krise der Volksparteien
- Wie kann die AfD bekämpft werden?
- Bericht aus dem Vereinigten Königreich
- Johann Georg Elser – ein Nichtangepasster

Nr. 199 Frühjahr 2017, 32 S.

- Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie
- Schwierige Regierungsbildung
- Zur Regierungsbildung im Bund
- Demokratie: Dekor, Transformation und Hoffnung
- SPD und GroKo – nein – vielleicht – ja
- Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft – aber doch nicht im Ernst?!
- Zur Lage der Gruppe
- Macrons Großmachtplan
- Tschechische Linke: Was nun?
- Sozialismus der Steppe
- Zu den Wahlen in Chile

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Seit mehr als 90 Jahren immer die selbe Leier

Das Irrlicht der sogenannten Wirtschaftsdemokratie



Im Oktober dieses Jahres findet in Nürnberg der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Dabei geht es nicht zuletzt um die Politik der Gewerkschaft in den kommenden vier Jahren. Da die IG Metall die größte Einzelgewerkschaft in der BRD ist und für die bundesdeutschen Schlüsselindustrien zuständig ist, kann davon ausgegangen werden, dass deren Beschlüsse und Politik auch für alle anderen DGB-Gewerkschaften richtungsweisend sind. Daher ist der Gewerkschaftstag auch für uns von besonderem Interesse.

Erstmals werden zur Vorbereitung des Kongresses in stärkerem Maße auch die Mitglieder mit einbezogen. Der erste Vorsitzende der IGM, Jörg Hofmann dazu im Mitgliedermagazin *metallzeitung*: „Bei der IG Metall wird Beteiligung groß geschrieben. Auch wenn es darum geht, den Kurs der nächsten vier Jahre zu bestimmen.“

Mit einem Debattenpapier soll das erreicht werden. In der Dezemberausgabe des Mitgliedermagazins wurde

ein solches Papier veröffentlicht. In mehreren Blöcken werden die wichtigsten gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Problemfelder dargestellt. Dazu Hofmann: „Wir haben uns gefragt, was wir in unseren zentralen Handlungsfeldern erreicht haben, in welche Richtung wir gehen müssen, wo wir handeln und welche Themen wir besonders in den Blick nehmen sollten. Und dazu stellen wir uns und euch Fragen.“

In dem Debattenpapier wird zuerst grundsätzlich auf die politische aktuelle Situation und den daraus resultierenden Perspektiven eingegangen.

Richtig wird festgestellt: „Vor uns liegen gewaltige Veränderungen. Es geht um einen grundlegenden Wandel. Um nichts weniger als um eine Transformation unserer Wirtschaft, unserer Lebens- und Arbeitswelt. Es geht um die Zukunft der industriellen Branchen am Standort Deutschland, es geht um die Zukunft der Beschäftigten in der Industrie und des Handwerks.“

Das ist allerdings sehr zurückhaltend ausgedrückt. Die IG Metall wird nicht nur durch die die Rationalisie-

rungswelle, der sogenannten Industrie 4.0 Probleme bekommen sondern auch durch die in der Automobilindustrie anstehende Umstellung der Motorentchnik. Die Verdrängung des Verbrennungsmotors durch den Elektromotor, wird Arbeitsplätze, ja ganze Produktionsstandorte kosten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg geht mittelfristig alleine in den Werken der Automobilindustrie davon aus, dass durch die Einführung von Elektromotoren mehr als 110.000 Arbeitsplätzen wegfallen. Die zunehmende Digitalisierung der Industrieproduktion ist dabei noch nicht berücksichtigt. Die mögliche Anzahl ist heute allerdings auch noch nicht eindeutig quantifizierbar, doch sie wird beachtlich sein.

Diese Rationalisierungs- und Umstrukturierungskeule wird die IG Metall also gerade dort treffen wo sie heute mitgliederstark und durchsetzungsfähig ist; in den Großbetrieben der Automobilhersteller und deren Zulieferer. Daher müssten alle Alarmglocken läuten

und die Organisation in den Widerstandsmodus gefahren werden. Stattdessen spricht das Debattenpapier, also der Vorstand, davon, dass „auch in der Transformation faire Bedingungen für alle Mitglieder- und Beschäftigtengruppen“ gelten müssten. An einer anderen Textstelle des Debattenpapiers wird festgestellt: *„Die IG Metall hat in diesem Strukturwandel klare Ziele. Sie will Beschäftigung und Standorte erhalten, Mitbestimmung ausbauen und für die Herausforderungen nutzen, sie will sichere und interessante Arbeit und gut-entlohnte Tätigkeiten.“* Dass sie das will, ist die eine Seite, ob sie dazu in der Lage ist, die andere.

Dann soll schließlich der Sozialstaat nach Auffassung des Vorstandes weiterentwickelt werden. Im Papier wird von einem Sozialstaat 4.0 gesprochen, ohne dass konkreter beschrieben wird, was wir darunter verstehen sollen. Gelingen soll das mit starken, durchsetzungsfähigen Gewerkschaften. Es geht um den Kampf für eine *„wirklich demokratische und gerechte Wirtschaftsordnung“*. Diese sei, so im Papier, die historische unvollendete Mission der Arbeiterbewegung.

Abgesehen davon, dass die historische Mission der Arbeiterbewegung die Überwindung des Kapitalismus und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist, muss man schon fragen was denn eigentlich eine *„wirklich demokratische und gerechte Wirtschaftsordnung“* sein soll. Schon 1928 wurde vom ADGB die Forderung nach der Wirtschaftsdemokratie erhoben.

August Thalheimer ging damals auf diese Frage ein und stellte resümierend fest: *„Das also ist des Pudels Kern: die kapitalistischen Vertreter und Sprecher erwarten von dem, was die Gewerkschaftsführer unter ‚Wirtschaftsdemokratie‘ verstehen, keine Bedrohung des Bestandes der kapitalistischen Gesellschaft, sondern eine willige Mitarbeit der Arbeiter an ‚unserer‘, d.h. der kapitalistischen Wirtschaft... für die Arbeiterklasse (ist) die Losung der ‚Wirtschaftsdemokratie‘... ein Irrlicht, das sie noch tiefer in den kapitalistischen Sumpf hineinführt“*. Thalheimer stellte fest: unter kapitalistischen Bedingungen kann es keine Demokratie in der Wirtschaft geben. Das galt 1928 und das gilt auch heute noch.

Das beeindruckt aber die heutigen Gewerkschaftsführungen, nicht nur die der IG Metall, wenig. In dem Debattenpapier stellt der IG Metallvorstand dar, was er unter Demokratie und Gerechtigkeit in der Wirtschaft versteht. Nämlich einen fairen und gut regulierten Handel und eine internationale Zusammenarbeit und Kooperation. Es bedarf Regeln zum Schutz von Arbeitnehmer- und Verbraucherinteressen. Das europäische Sozialstaatsmodell muss ausgebaut werden und darf nicht an innerer Schwäche scheitern. Und schließlich soll im Betrieb konsequent mitbestimmt werden und mit den Arbeitgebern *„autonom flächendeckende Tarife und Arbeitsbedingungen verhandelt“* werden und somit direkt die Wirtschafts- und Lebensbedingungen gestaltet werden. Also seit mehr als 90 Jahren nichts dazugelernt.

Hier wird, was die Betriebspolitik anbelangt, die heutige Praxis der IG Metall und der Betriebsräte in den Großbetrieben beschrieben. In dem Bereich hat die Gewerkschaft in den zurückliegenden Jahren relativ viel erreicht, hier sind die Arbeitsbedingungen mehr oder weniger gut und die Löhne im Vergleich mit kleinen Betrieben, nicht tarifgebundenen Betrieben und anderen Branchen hoch. Die Folge davon ist, dass der Organisationsgrad in dem Bereich sehr hoch und die Gewerkschaft, wenn notwendig auch handlungsfähig ist. In diesen Betrieben werden die Betriebsräte und die IG Metall von Unternehmerseite nicht bekämpft, sondern man lässt ihnen die Illusion, Einfluss auf Managemententscheidungen zu haben. Zum Dank üben sich die Betriebsräte in ausgeprägter Sozialpartnerschaft und Co-Management. Die vorhandenen Mitbestimmungsrechte werden nicht benutzt um die Klassengegensätze zwischen den Kapitalisten und den abhängig Beschäftigten sichtbar zu machen, sondern um den *„sozialen Frieden“* im Betrieb und in der Gesellschaft zu erhalten. August Thalheimer lässt grüßen!

Um aber den *„gewaltigen Veränderungen, die vor uns liegen“*, wie der Vorstand im Debattenpapier schreibt, etwas entgegenzusetzen, bedarf es einer Arbeiterklasse, die sich ihrer wieder selbst bewusst ist. Es bedarf nicht der Klasse an sich, sondern der Klasse für sich. Diese entsteht aber nicht

durch die praktizierte Kooperation mit dem Kapital, wie sie auch in dem Debattenpapier skizziert ist, sondern in der Konfrontation mit demselben. Ansatzpunkte dafür gibt es in allen Betrieben zur Genüge.

Im IG Metallvorstand geht man ja selbst davon aus, dass man auch in den Großbetrieben schwächer wird. Wie will man sich aber dann behaupten und Regelungen, die zugunsten der Beschäftigten wirken durchsetzen. Rechtsfragen sind Machtfragen, wer sollte das nicht besser wissen als die Gewerkschaften. Wenn sich heute Unternehmer kooperationsbereit zeigen, dann tun sie das weil sie das müssen um ungestört ihrer Geschäften nachzukommen. Aber warum sollten sie weiter auf Kooperation setzen, wenn die Gewerkschaften geschwächt sind und in den Belegschaften die Arbeitsplatzangst umgeht?

Dasselbe gilt für den Sozialstaat. Unter kapitalistischen Bedingungen, das haben wir alle vorgeführt bekommen, wird der Sozialstaat nicht ausgebaut, sondern zurückgefahren. Dazu bedarf es nicht einmal akuter Wirtschaftskrisen. Durch die vor uns liegende Umstrukturierung und Digitalisierung der Wirtschaft müssen wir aber, auch wenn wir das heute noch nicht konkret benennen können, mit sehr hohen Arbeitslosenzahlen rechnen. Mit solchen Zahlen, die unter Umständen die heutigen Sozialsysteme an ihre Grenzen bringen. Die politischen Auswirkungen sind heute kaum absehbar. Die Kampfkraft der Gewerkschaften ist, mit dem heute bestehenden Bewusstsein, ihrer Mitglieder unter solchen Bedingungen kaum wachsen. Deshalb bedarf es einer Wende. Die Vorstände der Gewerkschaften, nicht nur der IG Metall sind dazu aktuell nicht in der Lage.

Ob es in Teilen der Mitgliedschaft und Funktionäre zu einem Umdenken kommt, wird die weitere Entwicklung zeigen. Das gilt für die Resonanz auf das Debattenpapier als auch auf die Anträge, die von Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen gestellt werden. Der Annahmeschluss für Anträge ist der 1. Mai des Jahres. Wir werden versuchen, die eingereichten Anträge auszuwerten und darüber an dieser Stelle berichten.

Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung

Bilanz und Erfahrungen des Arbeitskampfes bei der DB AG



Vor gut zehn Wochen hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ihren Tarifabschluss durchgesetzt. Zum zweiten Mal in Folge konnte die EVG das Hauptanliegen der Mitglieder nach Arbeitszeitverkürzung in Form eines Wahlmodells durchsetzen. Das Wahlmodell beinhaltet die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Entscheidung eines Beschäftigten, bei gleichem Lohn eine Wochenstunde (ab 2020 zwei Wochenstunden) weniger zu arbeiten oder sechs Tage (ab 2020 zwölf Tage) mehr Urlaub im Jahr zu wählen. Alternativ erhält der Beschäftigte die Differenz ausgezahlt. Neben Lohnerhöhungen, Erhöhung der betrieblichen Altersvorsorge und Zulagen wurden über 30 Detailforderungen durchgesetzt.

Mitte Januar stimmte der Bundesvorstand den Vereinbarungen zu. Inzwischen wird die Tarifaufeinanderersetzung ausgewertet und an der Umsetzung gearbeitet, in der insbesondere auf den Personalausgleich geachtet wird. Es wird eine überaus positive Bilanz gezogen, und das nicht nur, weil die Mitglieder mit dem Ergebnis zufrieden sind.

Die EVG hatte bereits vor der Tarifrunde 2016 begonnen, ihre Forderungsaufstellung und den Tarifkampf auf eine immer breitere Einbeziehung der Mitglieder einzustellen und auf die aktive Beteiligung zu setzen. Nach

den ersten Diskussionen in Betriebsgruppen oder auf regionaler Ebene, der Durchführung von Zukunftswerkstätten, offenen Sitzungen der Tarifkommission und einer Mitgliederbefragung waren die Forderungen gesetzt und schon bei Verhandlungsbeginn eine breite Sensibilisierung vorhanden.

Die Mobilisierung begann mit dem Angebot von Streikschulungen. Die Verhandlungsrunden wurden mit Aktionen begleitet. Hierbei setzte man auf Experimente, deren Ausgang nicht klar war. So rief der Vorstand beispielsweise die Mitglieder zu einem „Tag des Lärms“ zu einem bestimmten Zeitpunkt zu dezentralen Aktionen auf. Im Nachgang war aus der EVG-Zentrale zu hören, dass Unsicherheit herrschte, ob man sich auf die Eigeninitiative der Mitglieder verlassen könne. Die Resonanz war jedoch überwältigend. An über 400 Orten in Deutschland wurden kreative Aktionen dokumentiert und in Kurzfilmen an die Zentrale gesendet. Eine Viertelstunde lang wurde getrommelt, gepfiffen und getrötet, was das Zeug hielt. EVG-Mitglieder ließen auf Lokomotiven die Signalthörner erschallen und bei Werksfeuerwehren die Sirenen erklingen. Samba-Gruppen sorgten für Aufmerksamkeit, auch an und auf vielen Bahnhöfen waren Mitglieder aktiv. Dem Lärm folgten Lichtaktionen mit ähnlicher kreativer Resonanz.

Auch an den Verhandlungsorten wurde die Kampfbereitschaft demonstriert. Der Höhepunkt war der Tag des Warnstreiks – aufgrund des doch sehr kleinen hauptamtlichen Apparats war auch der Erfolg des Warnstreikaufrufs von Eigeninitiativen in den Betrieben abhängig. Es wurde wahrgenommen dass in nur eineinhalb Stunden die Bahnen bundesweit zum Stillstand kamen. Und so konnten nur drei Stunden Warnstreik dem Arbeitgeberverband deutlich machen: Wenn die EVG zum Streik ruft, reicht auch kein Notfahrplan mehr. Nach jeder Verhandlungsrunde wurden Dutzende Videokonferenzen durchgeführt, in denen die Verhandlungskommission über den Verlauf informierte.

Die beiden Tarifabschlüsse der EVG sind verschiedentlich kritisiert worden. Im Zentrum steht dabei das Wahlmodell, da der Beschäftigte in dem Jahr der Umsetzung zwar mit gleichem Lohn weniger arbeitet, aber keine Lohnerhöhung erhält. So beträgt der Reallohnverlust die Höhe der Inflation. Das Wesentliche an der Tariffbewegung der EVG ist jedoch, dass die Aufstellung von Forderungen und deren Durchsetzung in einem breiten demokratischen Prozess vollzogen wurde, in denen zigtausende von Mitgliedern einbezogen sind. Dies führte zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung, die seitdem in allen Gewerkschaften wieder auf der Tagesordnung ist. Früher waren die Verhandlungen fast Geheimrats tagungen und die Aufstellung der Forderungen auf die Kommissionen beschränkt. Das gehört der Vergangenheit an, und so trägt die Gemeinschaft der Mitglieder das Ergebnis – mit allen Kompromissen, und dennoch ist im Kern der Mitgliederwille umgesetzt.

Rainer Perschewski

unsere zeit (UZ) – Zeitung der DKP, Ausgabe: 15. Februar 2019
www.unsere-zeit.de

Venezuela:

„Es ist falsch, von Hilfslieferungen zu reden“



Am 23. Januar proklamierte sich Juan Guaidó selbst zum Interimspräsidenten von Venezuela. Die unmittelbar danach erfolgte Anerkennung durch Präsident Trump und dann durch viele andere Staaten, einschließlich Deutschlands, machte klar: Es handelt sich dabei um den vorher mit den USA abgesprochenen Versuch die Ver-

sorgungskrise zu nutzen, um die Macht des chavistischen Präsidenten Nicolas Maduro zu delegitimieren und letztlich in Venezuela eine neue, den USA genehme Regierung zu installieren. Auch die Medien machen weitgehend mit. In der Berichterstattung dominiert die Sicht des Juan Guaidó.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist die Auseinanderset-

zung noch im Gange, ihr weiterer Verlauf und ihr Ausgang sind noch nicht eindeutig erkennbar.

Zur Lage in Venezuela bringen wir einen Nachdruck. Eine eigene gründliche Analyse mit der Einschätzung der Entwicklung in Venezuela, und darüber hinaus in ganz Lateinamerika, müssen wir auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

In Venezuela geht es nicht um Hilfslieferungen und Demokratie, sondern darum, dass die US-Regierung ihren Hinterhof wieder unter Kontrolle bringen möchte. Ein Interview mit Dario Azzellini

Im Moment spielt der Streit um Hilfslieferungen in der Berichterstattung die Hauptrolle. Es ist von Hunger die Rede, von fehlenden Medikamenten. Wie ist die Versorgungslage in Venezuela?

Dario Azzellini: Komplex. Es herrscht kein Hunger. Die Lage ist nicht so schlimm, wie sie oft dargestellt wird. Wer Geld hat, bekommt alles. Die Oberschicht und Menschen, die Zugang zu Devisen haben, können gut leben. Für einen Großteil der Bevölkerung gibt es Lebensmittelpakete, die über staatliche Strukturen verteilt werden. Über 60 Prozent der Bevölkerung werden so versorgt (Nach unabhängigen venezolanischen Zahlen stieg der Anteil von 69,2 Prozent der Haushalte 2017 auf 87,9 Prozent 2018. Anmerkung der Redaktion). Dazu kommt der Unterschied zwischen Stadt und Land. Auf dem Land kann die Eigenproduktion

die Versorgung besser sicherstellen als in den Städten. Insgesamt aber erfordert die Organisation des Alltags einiges an Phantasie, weil zum Beispiel Babynahrung, Windeln und bestimmte Lebensmittel nur auf dem Schwarzmarkt oder selten erhältlich sind.

Viele andere Produkte sind für die arme Bevölkerung ohne Zugang zu Devisen sehr teuer und nicht erschwinglich. Die Menschen verbringen viel Zeit damit, Schlange zu stehen oder Geschäfte zu suchen, wo die benötigten Waren vorhanden sind. Ernsthafte Schwierigkeiten bestehen in der Versorgung mit Medikamenten und medizinischem Gerät. Das Land ist stark von Importen abhängig aufgrund der wirtschaftlichen Struktur, die im wesentlichen Erdöl-export bedeutet. Darum kann es sein, dass es manche Produkte wochenlang nicht gibt. Trotzdem ist die Lage weit davon entfernt, für die arme Bevölkerung so problematisch zu sein wie in manchen anderen Ländern Lateinamerikas oder der Karibik, über die jedoch nicht gesprochen wird.

Viele, auch Kritikerinnen und Kritiker der Regierung, machen vorwiegend

die US-Blockade für die schlechte Versorgungslage verantwortlich. Ist das richtig?

Die Knappheit liegt zum großen Teil an der Blockade. Die spanische Fluglinie Iberia hat erst kürzlich eine Ladung von Diabetes-Medikamenten nicht befördert – mit Hinweis auf die Sanktionen. Dafür kommen Medikamente aus Russland, China, Kuba und von der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation ins Land. Die Regierung kooperiert also durchaus mit internationalen Organisationen und ist bereit Hilfslieferungen anzunehmen.

Die Blockade und ihre Auswirkungen scheinen sich in den letzten Jahren verschärft zu haben. Woran liegt das?

Die ersten Sanktionen gegen Venezuela hat die Obama-Regierung 2015 verhängt. Anfangs trafen sie einzelne Personen, dann hat man sie ausgeweitet auf bestimmte Unternehmen. Trump hat die Sanktionen dann stark verschärft. Sämtliche Erdölgeschäfte sind verboten, Finanzgeschäfte, der Handel mit Gold und der Kryptowährung Petro. Dazu kommt die Besonderheit, dass sich die USA anmaßen, Unternehmen aus anderen

Ländern zu sanktionieren. Deswegen haben inzwischen zum Beispiel auch europäische Banken venezolanische Gelder eingefroren aus der Befürchtung, Nachteile in ihrem US-Geschäft zu erleiden. Es gab auch schon vor 2015 alle möglichen Versuche, Venezuela zu blockieren, aber viele, auch europäische Länder haben kontinuierlich mit Venezuela gehandelt, dazu gehören Italien, Österreich und Portugal.

Welche Rolle hat Deutschland eingenommen?

Deutschland hat eher eine blockierende, aber erst jetzt eine aggressive Haltung eingenommen. Davor lief die Blockade eher durch Passivität. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden nicht gefördert, es gab keine Unterstützung, es wurde nicht nach Wegen der Zusammenarbeit gesucht. Deutschland hat eine gewisse Sonderrolle, weil die beiden Parteien, die Venezuela zwischen 1958 und 1998 abwechselnd regierten, eng mit der CDU und der SPD verbunden sind. Durch den jahrzehntelangen Austausch sind politische Verbindungen entstanden, die heute noch existieren, wo die beiden Parteien zur rechten Opposition gehören. Wer damals mit Stipendien gefördert wurde, hat heute oftmals eine wichtige Position in Deutschland inne.

Der venezolanische Präsident Maduro bezeichnet die von seinem selbsternannten Widersacher Juan Guaidó organisierten Hilfslieferungen als Vorwand für ein bewaffnetes Eingreifen der USA mit dem Ziel, ihn zu stürzen. Ist das nicht übertrieben?

Es ist falsch, von Hilfslieferungen zu reden. Sowohl die Uno als auch das Rote Kreuz haben es abgelehnt, sich an Guaidós Projekt zu beteiligen und davor gewarnt, Hilfslieferungen zu politisieren. Es ist außerdem zynisch, auf der einen Seite Güter im Wert von ein paar Millionen US-Dollar zur Verfügung zu stellen, die gewaltsam über die Grenze gebracht und mit rechten Netzwerken verteilt werden sollen, wenn man auf der anderen Seite Milliarden von US-Dollar auf venezolanischen Konten in den USA und Großbritannien beschlagnahmt.

Der ganze Aufwand ist zudem viel höher als der Wert dieser Güter. Wenn es um Hilfe ginge, hätte man die Güter der Uno übergeben

können, dann hätten sie Venezuela ohne Probleme erreicht. Oder die Regierungen könnten Venezuela erlauben, die Medikamente mit seinem beschlagnahmten Geld zu kaufen. Das ist aber unter den Sanktionen verboten. Es geht nicht um humanitäre Hilfe, sondern um den Versuch der Eskalation, um einen Vorwand für einen militärischen Eingriff zu haben.

Die US-Regierungen haben Maduros Vorgänger Hugo Chávez 14 Jahre lang nicht gestürzt. Warum sollte US-Präsident Trump ausgerechnet jetzt Maduro stürzen wollen?

Um das zu verstehen, müssen wir die Lage kurz aus der Vogelperspektive betrachten. Die globalen Verhältnisse sind im Umbruch begriffen. Die Trump-Regierung hat den Anspruch der Bush-Regierung, eine unipolare Weltordnung zu schaffen, aufgegeben. Der Rückzug aus Syrien ist das jüngste Anzeichen. Im Hintergrund schwelt der Handelsstreit mit China. Die USA haben vor, Südamerika und die Karibik wieder vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. Dafür ist Venezuela zentral.

Warum Venezuela?

Es geht dabei um zwei Dinge: Zum einen um Rohstoffe. US-Firmen sollen wieder Zugang zum Erdöl bekommen, die größten Reserven weltweit. Außerdem verfügt Venezuela über die zweitgrößten Goldvorkommen. Zudem ist Venezuela reich an seltenen Erden, die immer wichtiger werden und deren größter Produzent ausgerechnet China ist. Schließlich lagert auch noch eine große Menge Coltan in Venezuela, das für unsere digitale Technik entscheidend ist. Hinzu kommen die achtgrößten Gasvorkommen, Diamanten, verschiedene Erze, Süßwasser, Biodiversität...

Es geht aber um mehr. Venezuela ist nur der Anfang. Danach sind Nicaragua, Kuba und Bolivien an der Reihe. Dass sich jetzt alles auf Venezuela konzentriert, hängt damit zusammen, dass rechte und rechtsradikale Kräfte gerade große Teile Lateinamerikas unter Kontrolle bekommen haben, denken wir an Bolsonaro in Brasilien und Duque in Kolumbien, aber auch Macri in Argentinien. Jetzt soll der Moment in Venezuela kommen.

Das klingt fast, als ob es schon zu spät wäre.

Nein, die Situation ist durchaus labil, genau deswegen haben es die rechten und rechtsradikalen Kräfte so eilig. Wäre nicht mit rechtlichen Konstrukten gegen Lula vorgegangen worden, hätte er wohl die Wahl gewonnen und nicht Bolsonaro. Macri hat sehr wenig Rückhalt und sieht sich ständigen Massenprotesten gegenüber, während Argentinien in einer umfassenden Wirtschaftskrise und Rezession ist. Duque hat nur knapp gewonnen. Gegen seine Wahl liegen im Übrigen eine riesige Anzahl lokaler Fälschungsvorwürfe vor, ohne dass sich eine von den Regierungen beschwert hätte, die jetzt freie Wahlen in Venezuela fordern. Die Befriedung des Bürgerkriegs in Kolumbien war von Obama eigentlich als Voraussetzung für ein militärisches Eingreifen in Venezuela gedacht worden. Doch der Friedensprozess mit dem ELN ist abgebrochen worden, das Abkommen mit den Farc wird nicht eingehalten, ein Teil der Farc hat sich nie demobilisieren lassen, andere Teile gehen schon wieder in den Untergrund.

Guaidó ist im Rahmen der Studierendenproteste gegen Chávez 2007 zum ersten Mal in Erscheinung getreten. In Deutschland verbindet man Studierendenproteste mit 1968 oder mit dem Protest gegen Studiengebühren. Wofür standen die jungen Menschen, die gegen Chávez auf die Straße gegangen sind?

Einer der Hauptgründe für den Start der Studierendenbewegung war die Entscheidung der Regierung Chávez, zum einen die Zugangsbeschränkungen zu den öffentlichen Unis abzuschaffen und zum anderen ein zusätzliches Universitätssystem zu schaffen, das einer halben Million Menschen ein Studium erlaubt hat, die vorher keinerlei Zugang dazu hatten. Die Studierenden haben das als Affront gesehen, als eine Entwertung der eigenen Elitenposition.

Man muss dazu wissen, wie das Bildungssystem in Venezuela und fast allen lateinamerikanischen Ländern aussieht. Die Zugangsbeschränkungen an den öffentlichen Unis führen dazu, dass nur die Mittel- und Oberschichten Zugang dazu haben, weil sie sich die besseren Privatschulen leisten können, so dass die Kinder die Aufnahmeprüfungen an den öffentlichen Universitäten schaffen. Private Universitäten bieten fast im-



Caracas, Februar 2019, Kundgebung gegen den Putschversuch

mer minderwertige Abschlüsse gegen Bezahlung. Arme Familien legen dann zusammen, um einigen ihrer Kinder überhaupt einen Abschluss zu ermöglichen. Genau dagegen ist die Regierung Chávez vorgegangen und dagegen hat sich die Bewegung gerichtet. Die Eliten glauben, dass der Staat ihnen gehört.

Wie hat sich Guaidós Karriere nach 2007 entwickelt?

In Venezuela ist Guaidó im Prinzip unbekannt geblieben. Er hat in Virginia und Washington studiert, gefördert mit Stipendien. Wie oft er wirklich an der Uni war, ist unklar. Jedenfalls hat er auch Schulungen durch US-Think-Tanks, das bedeutet mehr oder weniger direkt durch den Geheimdienst erhalten. Mit anderen Worten: Er wurde konsequent als US-Statthalter ausgebildet und aufgebaut. In Venezuela hat er in der Opposition keinerlei Relevanz gehabt und ist der Bevölkerung völlig unbekannt gewesen. Er ist ja auch erst wenige Tage, bevor er sich selbst zum Präsidenten erklärt hat, zum Vorsitzenden der Nationalversammlung gewählt worden. Er wird genauso schnell in der Versenkung verschwinden, wie er aufgetaucht ist.

Was soll die internationale Gemeinschaft auch mit einem Präsidenten, der weder im Militär noch in der Bevölkerung noch in der Opposition Rückhalt hat?

Guaidós Partei heißt Voluntad Popular, also Volkswille. Das klingt nach Demokratie. Wofür steht diese Partei?

Die Partei will die Kontrolle über den Staat als Verwalter des nationalen Reichtums zurück, weil die Geschäfte über den Staat laufen. Sie gehört zur rechten Sektion der Opposition. Eine Videoaufnahme aus Santiago de Chile zeigt das gut. Dort gab es eine Demonstration der venezolanischen Opposition gegen Chilenen, die vor der Botschaft Venezuelas gegen eine Intervention protestierten. Der Sprechchor der Opposition war: "Kommunisten! Schwuchtel! Dass eure Eltern umgelegt wurden, liegt daran, dass sie bescheuert waren!" Das ist die venezolanische Opposition.

Was würde es für die Bevölkerung bedeuten, wenn sie an die Macht käme?

Ganz sicher wäre eine völlige militärische Eskalation die Folge. Es ist eine Sache, eine Regierung zu haben, die autoritär ist, für die Partizipati-

on nicht im Vordergrund steht, aber unter der es Freiräume gibt, wie jetzt unter Maduro. Es ist eine ganz andere Sache, eine Regierung zu haben wie zum Beispiel in Kolumbien, wo du erschossen wirst, wenn du versuchst politisch oder auch nur selbstorganisiert zu arbeiten.

Genau das kündigt die Opposition an, die Rachegelüste sind groß. Eine rechte Regierung wäre ohne massive Gewalt völlig unmöglich durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. An der Versorgungssituation würde sich überhaupt nichts ins Positive ändern. Für die Oberschicht gäbe es sicher alle Waren, aber die Lebensmittelverteilungen würden komplett wegfallen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik würde auf Hungerkatastrophen wie auf Haiti hinauslaufen.

Außenminister Heiko Maas hat sich frühzeitig eindeutig auf die Seite Guaidós gestellt. Was verspricht sich die deutsche Regierung von dieser Parteinahme?

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob sie vielleicht einfach nicht begreift, was da los ist. Auch aus neokolonialer Perspektive ist da nichts zu ho-

len. Es geht Trump ja nicht darum, die EU zu beteiligen. Es geht gerade darum, zu demonstrieren, dass Lateinamerika sein Einflussgebiet ist. Je deutlicher der Rückzug aus dem Nahen Osten und je drängender der Konflikt mit China, desto mehr werden die USA hier Stärke zeigen. Manchmal handeln Regierungen auch rein ideologisch, aber das ist hier nur schwer nachvollziehbar. Sicher ist, dass die deutsche Regierung so einen Konflikt in einer zunehmend multipolaren Welt anheizt, ähnlich wie vor dem Ersten Weltkrieg. Es gibt keine einzige internationale Institution, die Guaidó anerkannt hat. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat erklärt, dass die Anerkennung Guaidós wahrscheinlich völkerrechtswidrig war. Die Regierung hat sich selbst ins Abseits manövriert.

2002 gab es einen Putschversuch gegen den damaligen Präsidenten Chávez. Er scheiterte binnen Stunden am Widerstand von Teilen des Militärs und daran, dass seine Unterstützerinnen und Unterstützer zu Tausenden protestierten. Warum ist Guaidós Putschversuch gegen Maduro nicht schon längst zusammengebrochen?

Nun, er ist ja bereits zusammengebrochen. Das Militär steht weiterhin hinter der Regierung, die Regierung ist nicht zerfallen, es gab keinen Volksaufstand... 2002 hatte der Putsch im Land Unterstützung in den Reihen des Militärs und der Unternehmer. Heute geht im Land selbst alles seinen regulären Gang. Im Moment findet der Machtkampf vor allem auf der internationalen Bühne statt. Ein weiterer Unterschied ist, dass Chávez damals viele Hoffnungen von Basisbewegungen auf sich gezogen hat.

In den letzten Jahren dagegen haben viele Basisbewegungen in einem Konfliktverhältnis zur Regierung gestanden. Die Hoffnung, dass die Regierung den Sozialismus einführt, gibt es nicht mehr. Gleichzeitig stehen aber die Basisorganisationen, die Strukturen der lokalen Selbstverwaltung wie kommunale Räte und Comunas, die Organisationen der Landarbeiter, Afro-Venezolaner und Venezolanerinnen, Basismedien, feministische Netzwerke klar auf Seiten der Regierung gegen eine Mi-

litärintervention und gegen jede Einmischung von Außen.

Wie stehen sie denn zu der Forderung nach Neuwahlen?

Was für freie Wahlen soll es geben, wenn die Opposition eine Invasion will und die USA damit drohen? Sie würden an der Lage auch nichts ändern, sondern die Bewegungen dazu zwingen, Wahlkampf für die Regierung zu machen. Die Forderung ist nicht besonders verbreitet, außer unter Liberalen im Ausland. Eine Alternative für sie wäre, die eigenen Regierungen unter Druck zu setzen, die Blockade zu beenden. Dann könnten die Bewegungen in Venezuela ihre Konflikte mit der Regierung austragen. In einer polarisierten Situation ist das viel schwerer. Rund um Chávez' Tod gab es eine Zunahme von Landbesetzungen und Kämpfen um

in den Hintergrund geraten. Aber Druck von außen führt auch nicht dazu, dass kritische Diskussionen blühen, sondern dazu, dass Loyalität ein wichtigerer Faktor wird als politische Überzeugung.

Viele linke Elemente und kritische Stimmen aus der Regierung und der Partei sind so marginalisiert worden. Auf der anderen Seite sind in den letzten drei Jahren weitere Öffnungen für Kapital und das extraktivistische Wirtschaftsmodell vorangetrieben worden – was aber eben auch eine neokoloniale globale Tendenz ist. Es gibt viele Gründe, mit Maduro unzufrieden zu sein. Aber im Allgemeinen schlägt das nicht um in Unterstützung für die Opposition, sondern es drückt sich einfach in der Ablehnung von Maduro aus.

Kannst Du Dir einen Ausweg aus der derzeitigen Misere vorstellen?

Der einzige Ausweg liegt darin, eine Situation herzustellen, in der die sozialen Bewegungen ihre Kämpfe wieder aufnehmen können. Es gibt auch jetzt Kämpfe, wie zum Beispiel Landbesetzungen, um staatliche Ländereien zur Eigenversorgung zu bewirtschaften. Aber diese Kämpfe richten sich nicht gegen die Regierung, in dem Sinne, dass es um ihren Sturz oder ihre Ablösung ginge. Es geht darum, die Regierung konkret dazu zu zwingen, eine Kurskorrektur zu vollziehen.

Welche Position sollten Linke in Deutschland einnehmen?

Sie müssten eigentlich Druck auf die eigene Regierung ausüben, dass sie die Anerkennung des selbsternannten Präsidenten zurücknimmt, dass sie die Blockade von Venezuela beendet und die Beschlagnahme von Geldern aufhört. Und sie kann eine wichtige Rolle als Gegengewicht zu der abstrusen Desinformation und Propaganda in den Medien spielen. Das kann Freiräume schaffen. Zudem sollte sie in Kontakt mit Basisbewegungen in Venezuela treten und diesen zuhören und sie unterstützen.

26. Februar 2019

Interview: Jan Maas, marx21
Das Interview wurde zuerst bei marx21.de veröffentlicht: www.marx21.de



Betriebe. Mit dem wachsenden Druck von außen sind diese Kämpfe immer weiter in den Hintergrund getreten. Es ist kurzsichtig und arrogant, den Basisorganisationen zu sagen, sie sollten sich nicht auf die Seite der Regierung stellen, denn es geht darum, den Raum zu erhalten, in dem Kämpfe überhaupt möglich sind.

In den Medien kursieren Zahlen, wonach 80 Prozent der Menschen mit Maduro unzufrieden sind. Das mag übertrieben sein, klingt aber nach einem scharfen Gegensatz zu der Unterstützung, die Chávez genoss. Woran liegt das?

Die Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Es gibt dazu keine verlässliche Quelle. Dennoch genießt Maduro ganz sicher weniger Unterstützung als Chávez. Maduro hat viele Fehler gemacht, sei es in der Finanzpolitik oder in der Wirtschaftspolitik. Es ist nicht nur der äußere Druck Schuld an der Lage. Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle sind immer weiter

„Linie Luxemburg, Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung historischer Fehler ... Ablehnung jeder Illusionsbildung“ (Peter Weiss)

Zu den Rosa Luxemburg-Seminaren der IG Metall in Zusammenarbeit mit Annelies Laschitzka, Jürgen Kuczynski u.a.

Die Abwicklung des „realen Sozialismus“ und das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ gaben Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts den Anlass, erneut über kritiklos gepflegte Traditionen in der Arbeiterbewegung nachzudenken. Wie konnte die Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Faschismus geschehen und wie ist die allzu lange Akzeptanz der Entartungsformen des Stalinismus nach 1945 zu erklären? Thematisiert wurde das bis 1992 im Rahmen des von Gerd Lobodda (Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg) und mir als Direktor des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg initiierten Wolfgang Abendroth-Forums. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als die reformerische Richtung der Arbeiterbewegung ebenfalls in eine tiefgreifende Krise geraten war. Dieselben bürokratischen Tendenzen, die zum Niedergang des Sozialismus in Osteuropa beigetragen hätten, seien auch hierzulande von den Gewerkschaften in Ansätzen „mit der Muttermilch eingesogen worden“, konstatierte der damalige IG Medien-Vorsitzende Detlev Hensche am Vorabend des 1. Mai 1990 im Rahmen des 5. Abendroth-Forums. Anschließend machten wir uns mit intellektuellen Grenzgängern aus Ost und West (Jürgen Kuczynski, Berlin, Dieter Fricke, Jena und Arno Klönne, Paderborn) daran, diese Fehler im Zusammenhang der Vorbereitung einer Dauerausstellung zu 100 Jahren IG Metall in der einstigen roten Hochburg Nürnberg aufzuar-

beiten. Rosa Luxemburgs viel zitierter Kernsatz über die „Freiheit der Andersdenkenden“ aus dem unvollendeten Manuskript „Zur russischen Revolution“ lieferte den Ausgangspunkt für unzählige Diskussionen. Die von Annelies Laschitzka im Dietz-Verlag 1990 zusammengestellte und eingeleitete Neuausgabe aus dem 4. Band der Gesammelten Werke von 1974, ergänzt um Paul Levis Einleitung von 1922, gehörte zur Grundausstattung der Seminarteilnehmer. Zum Abschluss des mehrmonatigen Veranstaltungskomplexes suchten wir in Berlin vom 2. bis 6. Oktober 1991 mit rund 50 Betriebsfunktionären der IG Metall eine Antwort mit Friedhelm Kröll auf das Seminarthema: „Was hat der Pergamon-Altar mit der Arbeiterbewegung zu tun?“ Eine geeignete Fragestellung, um den Spuren der Arbeiteropposition zwischen Verfolgung, Unterdrückung und Widerstand unter dem NS-Terror nachzugehen – mit der in Vorbereitungsseminaren behandelten Ästhetik des Widerstands von Peter Weiss und Akten der Gestapo zur Roten Kapelle in der Hand. Ließen sich über ästhetische Kategorien geistige Erkenntnisprozesse mit politischen und sozialen Einsichten auch in der damaligen Umbruchphase verbinden? Auf jeden Fall eröffnete der nicht alltägliche und für die traditionelle Bildungsarbeit ungewöhnliche Besuch im Pergamonmuseum den Teilnehmern einen anderen Blick, um die geschichtliche Wahrheit als Erinnerung für morgen zu bemühen und die Bedingungen für eine handlungsorientierte Kultur- und

Bildungsarbeit zu verbessern.¹ Denn gerade der „Geschichtsbruch“ von 1989/90 (Peter Glotz) zwang dazu, über kritiklos gepflegte Traditionen der Arbeiterbewegung nachzudenken und Themen aufzuarbeiten, die möglicherweise mehr Licht in die Schatten der Vergangenheit bringen könnten.

Einen Höhepunkt des Seminars bildete die Diskussion mit zwei Repräsentanten der Haupttrichtungen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie fand am „Tag der deutschen Einheit“ in dem IG Metall-Bildungszentrum am Pichelssee statt. Jürgen Kuczynski, Nestor der wissenschaftlichen Intelligenz der abgewickelten DDR, und der Historiker Reinhard Rürup, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD und Leiter einer der zentralen Gedenkstätten des NS-Terrors in Berlin, informierten und diskutierten mit den Teilnehmern darüber: „Was bleibt von der Arbeiterbewegung nach 1989/90?“ Neben historisch-kritischen Aufräumarbeiten zu dem Komplex, was von der DDR im wieder geeinten Deutschland bleiben wird, ging es vornehmlich um die Aufarbeitung der geschichtlichen Erbmasse unseres Jahrhunderts, die die Gegenwart noch bestimmt – trotz des immer wieder verkündeten „Abschieds vom Proletariat“. Besonders intensiv wurde darüber gestritten, ob mit der von den ehemaligen Siegermächten zugestandenen Vereinigung der beiden Staaten Deutschlands – und mit dem Ende der vom Ost-West-Gegensatz bestimmten Weltordnung – auch die Lehren aus der nationalsozialistischen Zeit untergehen und die Opfer des Stalinismus alles überwölben werden. Bleibt von den Lernprozessen aus der NS-Zeit – „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg“ – nach dem Zusam-

1- Jörg Wollenberg, *Erfahrung und konkrete Utopie. Positionen -Projekte -Perspektiven zur politischen Bildung und regionaler Kulturarbeit*, Nürnberg 1992. Zu den Abendroth-Forums von 1985-1992 mit Repräsentanten der Linken von Georg Benz, Frank Deppe, Detlef Hensche, Horst Schmitthöner, Hansi Urban, Arno Klönne, Jürgen Kuczynski bis zu Peter Glotz, Walter Grab u.a. dort S.55ff; Derselbe: *Die andere Erinnerung. Spurensuche eines widerständigen Grenzgängers*, Bd.II, 2017, S. 251-336

menbruch der DDR nur noch: „Nie wieder korrupter Sozialismus“ (Oskar Negt) oder gar als Folge des Balkankrieges. „Nie wieder Krieg – ohne uns“? Peter Weiss zitiert in diesem Zusammenhang an mehreren Stellen in den „Notizbüchern 1971-1980“ den alten Streit zwischen Ernst Bloch und Georg Lukács. Vor dem Hintergrund der frühen Entartungsformen des Stalinismus hatten sie darüber debattiert, ob der schlechteste Sozialismus immer noch besser sei als der beste Kapitalismus. Ernst Bloch meinte, dass der schlechteste Sozialismus eben kein Sozialismus sei, denn durch ihn würde die Idee der sozialistischen Demokratie und ihre

tete“, mit Hilfe einer ironischen Zuspitzung: „Anfang der achtziger Jahre kam eine japanische Handelsdelegation in die DDR, die zahlreiche Kultureinrichtungen und Betriebe besuchte, darunter auch die Robotron-Betriebe, das Zentrum der (international konkurrenzfähigen) Elektronik-Produktion der DDR. Bei der Auswertung des Besuches wurden sie gefragt, was ihnen am besten in der DDR gefallen habe. Die Antwort war: Eure Museen – Pergamon, Robotron.“ Dieses Seminar lieferte zugleich den Auftakt für die Wochenseminare über Leben und Werk von Rosa Luxemburg

hinein über das Leben und Wirken von Rosa Luxemburg (und Karl Liebknecht) in der Arbeiterbewegung zu referieren und zu diskutieren. Den ungemein kenntnisreich und lebendig vermittelten Informationen konnte sich keiner entziehen. Dieser Höhepunkt des Seminars fand eine weitere Zuspitzung darin, dass jeder Teilnehmer die Biographie über Rosa Luxemburg – handschriftlich signiert von der Autorin – überreicht erhielt: „Im Lebensrausch, trotz alledem“ sollte als Geschenk der Organisation so nicht nur die Erinnerung an eine der interessantesten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts dauerhaft festhalten.



politische Moral insgesamt korruptiert. Auch für Jürgen Kuczynski und Reinhard Rürup war nach dem „Zusammenbruch der Länder des sogenannten realen Sozialismus“ keineswegs das Projekt Sozialismus beendet. Und Jürgen Kuczynski, der ehemalige Lehrer an der „Marxistischen Arbeiterschule“ in Berlin, der 1931 Albert Einstein zu dem berühmten MASCH-Vortrag begleitet hatte², konkretisierte seine Darstellung vom Ende der „Mischgesellschaft DDR mit einem sozialistischen Element vor allem in ihrer Sozialpolitik und einem absolutistisch-feudalen Element ohne Basisdemokratie, das sie zugrunde rich-

10 Jahre Rosa Luxemburg-Seminare mit Annelies Laschitzka in Berlin

Um die weit verbreitete Sozialpartnerschaft in den Kreisen der Gewerkschaften kritisch am Beispiel historischer und aktueller Erfahrungen zu hinterfragen und dabei an Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein in „Sozialreform oder Revolution“ von 1899 anzuknüpfen, entstand ein Seminarangebot zu Leben und Werk von Rosa Luxemburg. Es wurde seit 1999 als Kooperationsseminar des Berliner Bildungszentrums am Pichelsee und der IG Metall-Bezirksleitung



Annelies Laschitzka

Niedersachsen/Sachsen-Anhalt als Wochenseminar angeboten und von den Bezirkssekretären Hartmut Tölle und Harald Kolbe und von mir mehr als 10 Jahre geleitet. Und immer war die Anfang 2019 verstorbene Herausgeberin der Werke von Luxemburg, Annelies Laschitzka, dabei, um am jeweiligen Donnerstag ab Nachmittag teilweise bis in die Nachtstunden

Zugleich galt es, die Teilnehmer daran zu erinnern, wie eng Rosa Luxemburg mit der Vorgängerorganisation der heutigen IG Metall verbunden blieb. Die revolutionären Obleute des Metallarbeiter-Verbandes waren mit dem späteren DMV-Vorsitzenden Robert Dißmann ihre wichtigsten Bündnispartner in der Novemberrevolution von 1918. Daher ist es wiederum kein Zufall, dass der nach 1945 von dem ersten Nachkriegsvorstand der IG Metall als „Dissmannianer“ denunzierte, basisorientierte Bezirksleiter aus Hannover, Otto Brenner, der

2- „Was der Arbeiter von der Relativitätstheorie wissen muss“, 26.10.1931. Dieser Vortrag gab den Anlass zu dem plagiatorischen Seminartitel und zu einem Brief von Kuczynski vom 20. 12. 1995 an mich. Er schrieb mir, dass er als 27-jähriger damals Einstein zu dem Vortrag begleiten durfte. „Dazu hatte mich Anna Seghers, die Frau des MASCH-Leiters überredet. Und da ich ihn kannte, bat man mich, ihn in die MASCH zu bringen, da die Straße, in der sie lag, die am stärksten von Nutten und Zuhältern bewohnte Straße Berlins war und ich ihn vor ihnen schützen sollte, was mir auch gelang.“

spätere Vorsitzende der IG Metall, mit Wolfgang Abendroth, Iring Fetscher, Erich Gerlach und Walter Fabian dafür sorgte, dass seit Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts die politischen Schriften Rosa Luxemburgs von der gewerkschaftsnahen Europäischen Verlagsanstalt (EVA) in der BRD neu herausgegeben wurden, ergänzt um Texte von Paul Levi, Paul Frölich, Karl Korsch, August Thalheimer, Antonio Gramsci oder Anton Pannekoek. So hofften wir in den Zeiten des Kalten Krieges zwischen Ost und West, die Diskussion um „Freiheit und Sozialismus“ offen zu halten und mehr Demokratie zu wagen.

Zum Programm und den Arbeitsmaterialien der Luxemburg-Seminare.

Den Teilnehmern wurde schon Wochen vor dem Seminar ein Reader mit einer Fülle an Arbeitsmaterialien zugesandt. Neben Orientierungstexten und Literaturhinweisen handelt es sich um Auszüge aus den Werken, vor allem den Reden von Rosa Luxemburg, die die ersten beiden Tage die Seminararbeit als Lektüreseminar prägen. Damit sollte das Ziel verfolgt werden, nicht Wissen anzuhäufen, sondern es sollte am Beispiel der Schriften von Rosa Luxemburg die interdisziplinäre Aufarbeitung und Vergegenwärtigung der Vergangenheit als Voraussetzung einer Politik der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in der verwandelten Welt von heute gefördert werden: Eine Welt, in der die Richtlinien von 1917/18, aber auch die von 1945 und 1989/90 zweifelhaft oder ungültig geworden sind. Angelegt als kritische Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gilt das Erkenntnis leitende Interesse – mit Peter Weiss und seinem Jahrhundertwerk, der „Ästhetik des Widerstands“, formuliert – der „Linie Luxemburg, Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung historischer Fehler...“, Ab-

lehnung jeder Illusionsbildung“. Dieser Bildungsansatz setzt mit Rosa Luxemburg nach wie vor auf die Selbstentfaltungspotentiale der abhängig Beschäftigten. Er plädiert für „Sozialismus durch Aufklärung“ und geht von einer radikalen Selbstüberprüfung der Organisation aus, angelehnt an den kategorischen Imperativ von Rosa Luxemburg: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, sagt das Kommunistische Manifest, und es versteht unter Arbeiterklasse nicht etwa einen sieben- oder auch zwölfköpfigen Parteivorstand, sondern die aufgeklärte Masse des Proletariats in eigener Person.“ Wir knüpfen damit an eine einst im Metallarbeiter-Verband weit verbreitete und in sozialistischen Heimvolkshochschulen wie Tinz und Bad Dürrenberg, dem Sprockhövel Weimars, lange praktizierte Konzeption der Bildungsarbeit als Erziehung zum systematischen und selbständigen Denken und Handeln an. Mit dem von Otto Brenner nach 1945 konstatierten „Niedergang marxistisch-wissenschaftlicher Grundhaltung“ in den Gewerkschaften der BRD gingen diese Traditionen verloren oder wurden verdrängt – trotz der Erneuerungsversuche in den 1960er Jahren durch die Bildungsabteilung der IG Metall unter Leitung von Heinz Dürrbeck und unter Mitarbeit von Hans Matthöfer, Hans Preiss, Oskar Negt u.a.³ Fast zeitgleich liefen in der DDR Versuche, die „Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger“⁴ zwischen 1918 und 1923 für die Erneuerung der proletarischen Erwachsenenbildung zu reaktivieren. Raubdrucke der MASCH-Kurse zur Politischen Ökonomie und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung von 1930, hrsg. von Hermann Duncker, K.A. Wittfogel und Alfons Goldschmidt, gehörten damals zur Grundausrüstung der Referenten der IG Metall in der BRD.

Umsetzung der Inhalte und Ziele des Seminars.

Das Luxemburg-Seminar beginnt am Sonntagabend mit einer Vorführung von Margarethe von Trottas Kultfilm über Rosa Luxemburg, 1986 im Zeichen von Glasnost unter Mitarbeit von Annelies Laschitzka gedreht als gemeinsames Produkt der noch real existierenden beiden deutschen Staaten. Damit wird ein Einstieg gewählt, der nicht nur die Fehler der Sozialdemokratie und der sich konstituierenden KPD in den Mittelpunkt stellt, sondern auch an die ebenso sensible Humanistin und die stets unabhängig bleibende, mit jeder Kreatur leidende, emanzipierte Rosa L. erinnert. Dem folgt am Montag nach einer ausführlichen Einleitung, die durch einen umfangreichen Reader zu Leben und Werk von Luxemburg für die Teilnehmer ergänzt wird, ein zweitägiges Lektüre-Seminar. Kleine Gruppen nähern sich in Lesekreisen den Schriften von Rosa Luxemburg, unterbrochen und gestützt lediglich durch zwei Exkursionen auf den Spuren von Rosa Luxemburg in Berlin (Dienstag- und Mittwochnachmittag). Die Textauswahl folgt den zentralen Themen von Rosa Luxemburg. Und das weniger auf der Grundlage ihrer Schriften als vielmehr der Vermittlung und Komprimierung ihrer Analysen in ihren Reden vor den Arbeiterfunktionären. Die erste Arbeitsgruppe zu „Sozialreform oder Revolution“ (1899) liest und interpretiert so die Rede, die sie zu dem Thema auf dem SPD-Parteitag im Oktober 1899 in Hannover hielt (*Gesammelte Werke, Bd.1, S.567-578*). Die zweite Arbeitsgruppe zu „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ behandelt die Rede zur Frage des Massenstreiks auf dem SPD-Parteitag 1906 in Mannheim (*Bd.2, S.171-176*) und die vom Oktober 1910 in Hagen auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des DMV (*Bd.2, S. 463-483*). Die dritte Arbeitsgruppe zur „Krise der Sozialdemokratie“ analysiert die Junius-Boschüre von 1916 (*Bd.4, S.49-164*) und liest daraus vorher festgelegte Ausschnitte. Arbeitsgruppe 4 zu Rosa Luxemburg als Lehrerin auf der SPD-Parteischule beschäftigt sich mit der Rede zur Frage der Parteischule auf

3- Vgl. u.a. 25 Jahre Bildungsarbeit der IG Metall 1951-1976 (Arbeitsheft 714, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, 1976; Edith Großpietsch/Georg Benz (Hg.), Wissen, um zu handeln. Ein Buch der Solidarität mit Heinz Dürrbeck, Göttingen 1998.

4- So der Titel der 1964 vorgelegten Dissertation von Artur Meier an der Humboldt-Universität, 1971 als Reprint in Hamburg erschienen. Ende der 1970er Jahre widmen sich auch in der BRD mehrere Arbeiten der Sozialistischen Arbeiterbildung zwischen 1918 und 1923 (z.B. Thomas Ferber, 1978; Horst Blidon, 1979, Jüttner/Krug/Wollenberg, 1980).

dem SPD-Parteitag von September 1908 in Nürnberg und dem Artikel in der Leipziger Volkszeitung vom 21. Juni 1911 zu „Gewerkschaftsschule und Parteischule“ (Bd. 2, S. 254-263 und 549-553). Die fünfte Arbeitsgruppe zur „Russischen Revolution“ und ihre Folgen für die Politik von Spartakus und Sozialdemokratie erhält den kompletten Text „Zur Russischen Revolution“ und liest daraus vorgegebene Textabschnitte. Die eng damit verknüpfte Arbeitsgruppe 6 behandelt Rosas Stellung zur Novemberrevolution am Beispiel des Beitrags zu „Nationalversammlung oder Räteregierung?“ und ihrer Rede zur Frage der Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung auf dem Gründungsparteitag der KPD am 30.12.1918 (Bd. 4, S. 462-465 und 481-487). Und eine siebte Arbeitsgruppe, deren Ergebnisse die abschließende Diskussion am Freitag mit bestimmt, greift auf Luxemburgs Stellung zu ökonomischen Fragen zurück: das Schlusskapitel aus der Vorlesungsreihe an der SPD-Parteischule („Einführung in die Nationalökonomie“) zu dem Thema: „Die Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft“ (Bd. 5, S. 770-778).

Der zweite Hauptteil des Seminars wird von Impulsreferaten mit anschließenden kurzen Arbeitsgruppenphasen geprägt. Der Donnerstag widmet sich am Vormittag dem von Rosa 1916 formulierten „obersten Gebot der Pflicht gegenüber unseren historischen Aufgaben, wenigstens aus den eigenen Fehlern zu lernen.“ Hier geht es um die Aufarbeitung der gescheiterten Novemberrevolution von 1918 unter dem heute in der IG Metall eher vergessenen Vorsitzenden des Metallarbeiter-Verbandes, Robert Dißmann (1878–1926). Der Anhänger von Rosa Luxemburg und Kritiker der Kriegspolitik der Gewerkschaften wurde als Führer der Opposition und Verteidiger des Räteystems im Oktober 1919 von der Stuttgarter Generalversammlung zum Vorsitzenden gewählt. Mit den Revolutionären Obleuten des DMV plädierte er für den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften und gegen das von seinem Vorgänger August Schlicke als Arbeitsminister eingebrachte Betriebsrätegesetz. Das Gesetz wurde trotz der großen Protestkundgebung vom 13. Januar 1920

vor dem Reichstag (mit 42 von den Polizeitruppen erschossenen Demonstranten) vom Parlament am 9. Februar 1920 verabschiedet. Robert Dißmann veränderte die Organisation 1919/20 personell und inhaltlich so radikal, dass seine Gegner von einst, die nach 1945 zu den ersten Vorsitzenden der IG Metall in den Westzonen gewählt worden waren, die „Dißmann-Richtung“ erneut als Gespenst an die Wand malten (Wilhelm Petersen/Walter Freitag). Sie verhinderten den Aufstieg der Oppositionellen in der Organisation um Otto Brenner, Erich Söchtig und Fritz Salm allzu lange.

Otto Brenner und die verhinderte Neuordnung nach 1945 (aus der Sicht der „Luxemburgisten“) heißt deshalb der folgende Themenkomplex. Es erinnert u.a. daran, dass es Otto Brenner war, der das Plädoyer für die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft durch mehr Mitbestimmung stets mit der Aufforderung verband, mehr innergewerkschaftliche Demokratie zu wagen.

Die das Seminar abschließende Diskussion widmet sich einem weiteren, nicht unbedingt als Niederlage empfundenen Dissens, aus dem es mit Luxemburg zu lernen gilt: „Veint geschwächt?“ Zu den Folgen von 1989/90 für die Arbeiterbewegung.

Nicht unerwähnt bleiben darf der Hinweis auf zwei „Gastreferenten“ als Höhepunkte des Luxemburg-Seminars. Es handelt sich um die schon angedeutete Mitarbeit von Annelies Laschitzka. Ihr Beitrag am Donnerstag über das Wirken und die Aktualität von Rosa Luxemburg in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung – unter Einschluss der Schwierigkeiten im Umgang mit Luxemburg in der UdSSR und DDR – ergänzt und vertieft die vorher im Seminar erarbeiteten Ergebnisse. Einen anderen Zugang der Annäherung liefert der Dia-Vortrag des Kunst- und Fotohistorikers Dietrich Kerbs aus Berlin schon am Montagabend über „Bildpresse und Bürgerkrieg“. Am Beispiel der von ihm entdeckten Fotos von Willy Römer erhalten die Teilnehmer einen authentischen Einblick in die Berliner

Januarkämpfe von 1919. Ein Blick, der wegen der Zerstörung vieler dieser Schauplätze heute nur mühsam nachzustellen ist, aber inhaltlich in den Arbeitsgruppen eine wichtige Rolle gewinnt. Auf jeden Fall erleichtert diese Form der Veranschaulichung den Zugang zum Thema, der zugleich den Gang durch Berlin auf den Spuren von Rosa Luxemburg mit vorbereiten hilft.

Folgerungen für die Bildungsarbeit

In Anlehnung an Rosa Luxemburg sollte auch unter erschwerten Bedingungen die fundamentale Selbstüberprüfung der Organisationen der Arbeiterbewegung der Ausgangspunkt der Bildungsarbeit bleiben. In der systematischen Unterbindung der Initiativen von unten sah sie mit ihren Anhängern einen zentralen Grund für die Niederlage im Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Hier gilt es heute mit antikapitalistischen Strategien anzuknüpfen. Hat jedoch ein solcher Ansatz überhaupt angesichts des „Strukturkonservatismus“ in der Arbeiterbewegung eine Chance auf Realisierung? Ist man in den Führungsetagen und unter den Funktionsträgern bereit, über notwendige Strukturveränderungen nachzudenken? Anregungen dazu geben Texte von Peter Weiss und August Thalheimer, auf die in der Schlussdiskussion und bei der Auswertung der Ergebnisse im Luxemburg-Seminar zurückgegriffen wird⁵: 60 Jahre nach Rosa Luxemburg fasst Peter Weiss in den „Notizbüchern“ noch einmal seine Rück-Erinnerungen und Reflexionen über die Opfer des Stalinismus und die Widersprüche im sowjetkommunistischen Lager im Gefolge des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes Anfang Juli 1978 so zusammen:

„Die Forderung kam auf uns zu: zu unterscheiden zwischen den Morden der Faschisten und den Morden, die auf unserer Seite begangen wurden. Hinter den faschistischen Morden sahen wir ein für

5- Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980, Buch 41, Frankfurt/M 1981, S. 722 -724.; August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, Ein Versuch, Bremen 1971, S. 10ff. (München 2008, S. 44ff.); Arno Klönne, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Hamburg 1984, S. 163 ff.

immer mörderisches System, in dem es nur einen einzigen Änderungsversuch gab, welcher nicht aussichtslos war: der Angriff mit dem Ziel der völligen Vernichtung. Die Verbrechen im Namen des Kommunismus, so ungeheuerlich sie auch waren, ließen sich zurückführen auf historisch bedingte Deformationen: sie konnten, auf dem Weg der Vernunft, zu einer Klärung gebracht werden. Während der Faschismus für immer verdammt werden musste, waren im Kommunismus die Ausartungen unter dem Druck einer kollektiven Paranoia zu verurteilen, doch wir konnten uns eine Zeit vorstellen, in der die Despotie ausgemerzt, die Bleikammern geöffnet, die Hintergründe der Unmenschlichkeit dargelegt, die Opfer rehabilitiert sein würden: dafür kämpften wir. Manchmal aber fürchteten wir, dass alles schon allzu sehr vom Wahnsinn zerfressen und verwildert war, als das es noch ein objektives Denken, ein Eingreifen in die eigene Geschichte geben könnte. Wir waren schrecklich bedroht. Wir mußten uns noch einmal entscheiden. Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mußten wir unsre Wahl treffen.“ Aber eine solche Wahl muss auch nach dem „Geschichtsbruch“ von 1989/90 nicht heißen, den Sozialismus insgesamt auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erinnerungsarbeit als konstruktive Form der politisch bewussten Aneignung von Geschichte für die Gegenwart und Zukunft, die die Frage nach den Opfern des Faschismus und Stalinismus nicht ausklammert, bedeutet für Peter Weiss keinesfalls, das Projekt Sozialismus aufzugeben. Der „russische Sonderfall“ – die „allmächtige Regierungsmaschine des alle Seiten dieser Gesellschaft beherrschenden Zwanges“, so August Thalheimer, der mit Rosa zu den Gründern und Vorsitzenden der KPD gehörte und ab 1923 die „Rechts“-Opposition (KPO) anführen sollte, muß aber erst verschwinden oder wenigstens auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden, „und stattdessen das freiwillige von der Selbstdisziplin geleitete zur selbstverständlichen Gewohnheit gewordene und bewusste kollektive Handeln“ sich durchgesetzt haben. Aus der dialektischen Begriffsfassung „eines Anfanges des Sozialismus“, in dem der „Widerspruch des Ausgangspunktes“,

aber auch des „noch nicht Erreicht-habens des Endpunktes“ enthalten ist, ergibt sich die Aufgabe, „nicht fortzusetzen, wo die Russen aufgehört haben, sondern neu anzufangen.“

Wie Annelies Laschitzka hatte der Zeitgenosse und Autor der vierzig-



Peter Weiss

bändigen „Geschichte der Lage der Arbeiter“, Jürgen Kuczynski, nicht nur den Metallarbeiter/innen auch in seinem 90. Lebensjahr als „ein hoffungsloser Fall von Optimismus“ immer wieder Mut für einen solchen Neuanfang gemacht. Der „linien-treue Dissident“ ließ sich – wie Rosa Luxemburg und die sozialistischen Grenzgänger von Abendroth über Weiss bis zu Hobsbawm – trotz Trauer, Schmerz und Enttäuschung die „Vorfriede auf eine neue Wende“ nicht nehmen, auch wenn der Umschlag der erhofften Freiheit, des sozialen Fortschritts und der Anfechtung des Kapitalismus so häufig in neuer Ausgrenzung oder Verfolgung endete. Denn wer keine Kraft zum Träumen hat, der hat auch keine Kraft zum Erkennen und zum Kämpfen.

Um in den Gewerkschaften auch in Zukunft oppositions- und kampffähig zu bleiben, müssen auch die zu Wort kommen, die sich mit Rosa Luxemburg innerhalb der Arbeiterbewegung den Anpassungstendenzen an bestehende Machtverhältnisse widersetzen, Niederlagen nicht in Siege umwandeln und Alternativen zur Politik der etablierten Organisationen zu formulieren versuchen. Der im Januar 2014 im Dietz-Verlag von Annelies Laschitzka nachträglich herausgegebene 6. Band der Gesamten Werke von Rosa Luxemburg erinnert mit den zahlreichen Erstveröffentlichungen aus den Jahren 1893 bis 1906 noch einmal an den Kampf von Rosa Luxemburg, in der Inkubationsphase der Spaltung der Arbeiterbewegung nach Auswegen aus der Krise zu suchen, den kritischen Blick auf die revolutionären Ereignisse in anderen Ländern – wie damals 1905 auf Rußland – zu werfen und nicht allein „auf die Erfahrung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ und den „selbstlosen Verehrern des historischen Prozesses“ in „einem Land mit Millionen sozialdemokratischer Wähler“ zu vertrauen (S.921).

Vor dem Hintergrund der Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung von 1914 und 1933 hat der „Luxemburgist“ Arno Klönne in seinem Standardwerk zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1984 unter Rückgriff auf Rosa Luxemburg darauf hingewiesen, dass der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung von 1933 „eine sozusagen innere Niederlage der traditionellen Formationen von Arbeiterbewegung vorausging, die sich, will man sie im Ereignis fassen, auf das Jahr 1914 datieren lässt“. Mit Rosa Luxemburg interpretiert Arno Klönne diese Niederlage als Folge der falschen Hinwendung zur deutschen Frage und der Vernachlässigung der friedenspolitischen und internationalen Verpflichtungen. Risiken eines Denkens und Handelns, die bis heute auch bei Teilen der Linken nach wie vor „ideologische Rutschgefahren“ erzeugen und dazu führen, dass die BRD von ihrer immer noch unzulänglich aufgearbeiteten Vergangenheit eingeholt wird. Der 100. Jahrestag der Novemberrevolution hat daran noch einmal eindrucksvoll und kontrovers erinnert.

Jörg Wollenberg

Zwischen Abenteuer und Sozialismus

Eine literarisch-politische Skizze über Jack London



Der US-amerikanische Schriftsteller, Sozialaktivist und Abenteuerer Jack London (1876-1916) ist vielen vor allem bekannt als Verfasser von Abenteuer-, Goldgräber-, Tramp- und Südseegeschichten. Das betrifft aber nur die eine Seite seiner Persönlichkeit und seines kurzen bewegten Lebens, das sich voll innerer Unruhe wie ein Feuer intensiv verzehrte. London war darüber hinaus auch Milieu-Journalist, kritischer Zeitchronist, Kriegsberichterstatter, politischer Aktivist und Sozialist eigener Prägung. In Londons Biografie verkörpert sich die amerikanische Ideologie vom Aufstieg als Selfemademan aus niederen Schichten zum erfolgreichen Schriftsteller, der es nach bitteren Jahren der Armut zu Ansehen und Wohlstand brachte, den er auch zu genießen gedachte. Vor allem Londons Abenteuerromane, Tier- und Erlebnisgeschichten wie „Wolfsblut“, „Der Seewolf“, „Lockruf des Goldes“, „Ruf der Wildnis“, „Alaska Kid“ u. a. begründeten seinen Weltruhm, so dass ihn auch Kinder und Jugendliche immer noch gerne lesen. Dass London aber auch noch ein anderes, sensibles Gesicht hatte und anderen Ambitionen anhing, ist weit weniger bekannt, wird vielleicht auch eher gerne ausgeblendet. Gemeint ist sein

leidenschaftliches politisches und sozialkritisches Engagement und die Parteinahme in Wort und Schrift für den Sozialismus, aber auch sein privates Unternehmertum, worauf hier vor allem der Fokus gelegt werden soll, ohne Londons literarisches Wirken auszublenden.

Drang nach Westen

Jack London wurde am 12. Januar im denkwürdigen Jahr 1876 in San Francisco geboren. In welchem auch die Socialist Workers Party der USA gegründet und in Deadwood, South Dakota, der legendäre Revolverheld Wild Bill Hickok hinterücks in einem Saloon erschossen wurde. Die USA begingen den 100. Jahrestag ihres Bestehens. Zugleich gingen 1876 mit der Indianerschlacht am Little Bighorn in Montana die Indianerkriege mit einer Niederlage für den ruhmstüchtigen Oberstleutnant „General“ George A. Custer faktisch zu Ende. Sie war für die indianischen Ureinwohner nur noch ein symbolischer Triumph. Ihre Zeit neigte sich dem Ende zu. Zu Zehntausenden wurden sie in Ghettos, Reservate genannt, gepfercht, wo sie unter Armeebewachung und schlecht verwaltet von oft korrupten Indianerbeauftragten der Regierung unwürdig dahinvegetierten. Der ausgewanderte badische Revolutionär von 1848, Carl Schurz, versuchte noch als US-Innenminister sich für die Ureinwohner einzusetzen, arrangierte Treffen mit Häuptlingen. Der Amerikanische Bürgerkrieg, der erste industriell und mit modernsten Methoden und Waffen geführte Krieg der Neuzeit, war 1865 zu Ende. Der industrialisierte imperiale Norden setzte sich mit dem Sieg gegen die rückständige Sklavenhalterei des großagratischen Südens durch. Der Weg nach Westen zur Eroberung der letzten weißen Flächen war nun endgültig offen. Ein Massentreck von Siedlern und Farmern wälzte sich auf den verschiedenen Trails durch Täler und über Pässe der Rocky Mountains bis nach Oregon und Kalifornien. In Te-

xas und anderen Staaten des mittleren Westens wurden die ersten ergiebigen Ölquellen erschlossen, auf den Goldrausch in Kalifornien 1849 folgte bald ein Öltrausch, der eine ganz neue fossile Industrie begründete. Nicht nur New York oder Chicago, sondern auch Städte wie Sacramento, Los Angeles, San Francisco und Oakland erfuhren dank neuer Stahlbetonkonstruktionen einen Bauboom ohnegleichen und wuchsen z. T. nun explosionsartig auch in die Höhe. Die Eisenbahnbauer schlossen in den Rocky Mountains mit kühnen eisernen Brückenkonstruktionen und Tunneln die letzten Lücken zwischen Ost und West. Massen von aus ganz Europa einwandernden Arbeitern trafen mit ihren Familien ein und bevölkerten in Elendsquartieren die Gürtel um die Städte. Von Übersee jenseits des Pazifiks kamen vor allem Chinesen ins Land mit ihren Suppen-, Reis- und Nudelküchen und Kokain- und Marihuana-Höhlen in dunklen Hinterhöfen. San Francisco hatte eine extra Chinatown. Sie alle wurden zur Reservearmee, aus der die Fabrikanten und Unternehmer wie der Eisenbahnmagnat James Hill oder der Finanzmogul John Morgan sowie die Imperien der Rockefellers, Vanderbilts, Strauss' und Astors nach Belieben billige Arbeitskräfte beziehen konnten. Ein Krieg der Klassen und in den Klassen kennzeichnete die Frühindustrialisierung und Modernisierung des amerikanischen Westens. In diese sozial gespannte Atmosphäre und Welt der Wölfe unter Wölfen wuchs der junge Jack London hinein und besuchte den Umzügen der Familie folgend von 1881 bis 1889 verschiedene Volksschulen.

Zwei Charakterseiten

Natürlich wird man Londons schillernde Persönlichkeit nicht auseinander dividieren können und dürfen. In einen Geschichten Schreibenden hier und Politikengagierten dort, in Phantasie- und Realgestalt, die er immer zugleich war. Ohne Londons Erfahrungen und Erleben aus frühem, un-

stetem Leben ganz unten auf der sozialen Leiter, hätte es den anderen, der sich darüber erhob und schrieb und damit seiner Empörung über soziales Unrecht, ökonomische Ausbeutung und gesellschaftliche Unterdrückung Ausdruck gab, nicht gegeben. London selbst war handelnder Akteur und Raubein und zugleich genauer Beobachter von Menschen und Milieus. In keinem seiner Romane trug er dem Gegensatz der zwei Seiten, denen er zuneigte, so sehr Rechnung wie in „Der Seewolf“ (1904). Verkörpert in den Romanfiguren des despotischen Kapitäns des Schoners „Ghost“, Wolf Larsen, mit seinen schier übermenschlichen Kräften und dem humanistischen Idealen verpflichteten Schriftsteller und Schöngeist aus wohlherzogenem Haus, Humphrey van Weyden. Er, der körperlich Unterlegene, wird von Larsen, der Robbenfängern im Eismeer ihre Beute abjagt, immer wieder herausgefordert. Das deutsche Fernsehen adaptierte den Stoff einzigartig in einem TV-Vierteiler unter Wolfgang Staudtes Regie. Obwohl sich die Filmhandlung nicht streng an die Romanvorlage hielt und auch Handlungsstränge aus anderen London-Geschichten übernahm. Larsen kommt am Ende durch eine Tumorkrankheit elend um und die Menschlichkeit van Weydens, obwohl selbst längst zum harten ruhelosen Seefahrer geworden, obsiegt. Dies schien wie ein Plädoyer des Autors, offenbarte aber neben Londons Bewunderung für Karl Marx und andere Sozialisten auch seinen Hang zur Lehre Charles Darwins von der natürlichen Auswahl und Durchsetzung des Stärkeren und zur durch Nietzsche geprägten Philosophie Herbert Spencers.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein

Marxens zentraler Satz vom gesellschaftlichen Sein, das das Bewusstsein bestimmt, und Londons Auffassung von der evolutionären Prägung des Menschen durch seine soziale und materielle Umwelt, fanden in Entsprechung zueinander. Nur kommt bei London noch ein Schuss Darwinischer Überlebenskampf-Lehre hinzu. Das macht auch Londons eigenes Sozialismusverständnis mit sozialdarwinistischen Zügen aus, lässt ihn auch

immer wieder am Menschen zweifeln, was in seinen rauen Geschichten vor allem des Nordens und Landstreich-erlebens durchscheint. Londons Leben wurde ohne feste elterliche Obhut von früh an bestimmt, sich in der Welt und Halbwelt der boomenden Westküsten-Metropolen San Francisco und Oaklands alleine durchzuschlagen und zu behaupten. Er wuchs, bedingt durch Umzüge der Familie, in den Slums beider Städte auf. In Oakland, der Stadt jenseits in der Bucht von San Francisco, trat er 1895 in die High-School ein. Dazwischen liegen Jahre des Herumstromerns, in denen London immer wieder die Sklaverei der Kinderarbeit kennenlernte, um der Familie in ihrem Auskommen zu helfen und einer Frühreife, die ihn allzu schnell ohne richtige Kindheit erwachsen werden ließ. Der leibliche Vater hatte Londons Mutter noch während der Schwangerschaft verlassen und stritt die Vaterschaft ab. Ein späterer Partner der Mutter Flora Wellman, die spiritistischen Lehren anhing und ihren Sohn nie wirklich als Mutter annahm, kümmerte sich um ihn, von dem er auch den Namen angenommen hat. Denn eigentlich hieß er nach dem leiblichen Vater John Griffith Chaney. 1891 mit unglaublich frühen 15 Jahren, wurde er mit geliehenen 300 Dollar seiner Amme bereits Miteigner einer kleinen Schaluppe namens ‚Razzle Dazzle‘, mit der er in der Bucht von San Francisco kreuzte, mit seinen Saukumpanen die staatlich geschützten Austernzuchten plünderte und das Diebesgut unter der Hand verhöckerte. So wurde er bald zum „Prinzen der Austernpiraten“ und verschaffte sich Respekt. Er war als Erwachsener mittelgroß, kräftig von Statur, mit einer zähen Ausdauer. Und er lernte bald das Whiskeytrinken wie ein Alter. Als die Austernpolizei immer schärfer gegen die Räuberbanden vorging, wechselte London die Seiten, wurde selbst Führer einer Patrouille der Fischereipolizei und stellte ihr des eigenen Vorteils wegen seine Kenntnisse des Diebswesens zur Verfügung. Da war er 16 Jahre alt. Zugleich war London bildungsbegeistert und wissenshungrig. Den Versuch, nach vorzeitigem Schulabgang 1896 an der Berkeley-University 1897 nochmal zu studieren, brach London trotz im Selbststudium erworbenem Hochschulzugang ab. Es konnte ihm,

obwohl es ihn in Berührung mit gehobener Bildungs- und Kulturwelt, Debattierclubs und erstmals der Socialist Workers Party brachte, zu deren Boy-Socialist er wurde, nicht annähernd das geben, was das Leben ihn täglich lehrte. Ein frühes Foto jener Tage zeigt London noch als Zeitungsjungen, wie er an einem Tisch der Hafenspelunke „Heinold’s First And Last Chance“ (Heinolds erste und letzte Gelegenheit) sitzt, den Kopf in die Hände gestützt hat und in die Lektüre eines aufgeschlagenen dicken Buches vertieft ist. Vielleicht eines jener Lexikonbücher, die er sich aus öffentlichen Leihbüchereien besorgte, aus denen er sich täglich einen Artikel einprägte. Wissen bedeutete Macht für London, durch Wissen sicherte man sich anderen gegenüber einen Vorsprung und Vorteil. Schneller und gewitzter sein als andere war seine damalige jugendliche Lebensdevise.

Frühe sub-proletarische Erfahrungen

London wurde später trotz eigenütziger Sozialisierung zum glühenden Sozialisten und Agitator, u. a. auch durch seine Erfahrungen unterwegs als Tramp entlang der Schienenstränge. Hier erfuhr er nicht nur den brutalen Konkurrenzkampf um die besten Plätze auf den Zügen, sondern auch Solidarität in den Lagern der Hobos (Bahntramps), die gnadenlos der Willkür der bewaffneten Zugpolizei ausgesetzt waren. Nicht selten kam es zu Kämpfen auf den Zügen und gab es Tote auf beiden Seiten. In der Bay-Area von San Francisco und Oakland lebten 1,5 Millionen Menschen in ärmlichen Verhältnissen. Die Depression von 1893/94 führte in ganz Amerika zu Millionen Arbeitslosen und Hungernden. London schaufelte Kohlen im Heizwerk der Oakländer Straßenbahn, als Arbeiter dem Siebzehnjährigen das einfache kapitalistische Prinzip des industriellen Mehrwerts erklärten: anstelle von zwei entlassenen Arbeitern, die je 40 Dollar im Monat erhielten, leistete er allein deren Pensum für 30 Dollar. London, der eigentlich für ein Leben als Tramp plante, schloss sich nur halbherzig motiviert einem Sternmarsch von Arbeitslosen im ganzen Land auf die Hauptstadt Washington an. Unterwegs bildete

er mit anderen zusammen eine Art Vorhut, die Geldspenden einsammelte und Lebensmittelgaben entgegennahm, von denen sie das Beste für sich abzweigten. Der anfängliche Treck von 700 Teilnehmern aus dem Westen Richtung Osten, die Arbeitslosenarmee des gewerkschaftlichen Anführers „General“ Kelly, schwoll bald auf über 2.000 an, die erreicht hatten, kostenlos per Bahn zu reisen. Der Kelly-Marsch verband sich mit der populistischen Bewegung um den Steinbruchbesitzer Jacob Coxey aus Ohio, verkrachter Demokrat und Initiator eines Wohlfahrtsplans sowie Organisator einer nationalen „Armee des Gemeinwohls“. Am 1. Mai 1894 wurde Coxey jedoch in Washington verhaftet und wegen Störung des Friedens und Beleidigung der US-Regierung angeklagt. Zu dem Zeitpunkt war Kellys Marsch erst in Iowa angelangt und hatte die für diesen Tag in der Hauptstadt geplante Vereinigung mit Coxey's Leuten verpasst. Die Marschierenden zerstreuten sich bald und auch London verließ die Kelly-Armee. Er schlug sich als Zugtramp unter dem Namen „Sailor Jack“ allein weiter Richtung Osten durch, wo er durch eine Reihe von größeren Städten kam und als nicht sesshafter Vagabund im Erie-County erstmals ein amerikanisches Gefängnis kennenlernte und in Ketten gelegt wurde. Er legte einige tausend Kilometer auf Schienensträngen zurück, bis er über Kanada wieder nach Oakland gelangte. 1902, nach seinen ersten größeren journalistischen Erfolgen, führte ihn ein Zeitungsauftrag in die Westend-Slums der britischen Hauptstadt London, wo er inkognito als amerikanischer Seemann getarnt recherchierte. Darüber verfasste er die 1903 erschienene Sozialreportage „The People of the Abyss“ (Die Menschen der Tiefe). Eigentlich sollte er über den Burenkrieg in Afrika berichten. London ergänzte seine Berichte in die USA des vorgefundenen sozialen Elends und der in ihm lebenden Menschen durch zahlreiche Fotografien mit handlicher neuer Kodak-Technik und einklappbarer Kameraoptik. Er hatte auch beim legendären Erdbeben 1906 in San Francisco seine Kamera dabei, um die schlimmen Gebäudezerstörungen und verheerenden dreitägigen Brände, die den größten Schaden anrichteten, fotografisch festzuhalten. Am meisten traf es die Ar-

beiter und armen Leute. In „Collier's“ erschien am 5. Mai 1906 sein Report der sozialen Katastrophe „The Story of an Eye-Witness“ (Bericht eines Augenzeugen; in: „Geschichten vom Rande der Wirklichkeit“; s. Literatur).

Die Seereise mit der „Snark“

Jack London war begeisterter Fotograf und Seefahrer und so gibt es auch von seiner Seereise 1908/09 mit seiner zweiten Frau Charmian mit dem selbst konstruierten Zweimast-Segler „Snark“ von San Francisco über Hawaii in die polynesischen und melanesischen Inselwelten bis nach Australien viele unterwegs geschossene Fotos von den Besuchen auf Hawaii, Tahiti, den Marquesas, Fidschis, Samoa, Neuen Hebriden und Salomonen, wo sie auf Guadalcanal Station machten. Sie fanden mit Texten Eingang in einen illustrierten Reisebildband „Die Fahrt mit der ‚Snark‘“, basierend auf dem Logbuch, das Londons Frau führte und gelten heute als ethnographische Zeugnisse von besonderem Wert. Ähnlich wie B. Travens illustriertes Reise-Buch „Land des Frühlings“ über die indigene Urwald-Bevölkerung im mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Der Besuch der Südsee war auch eine Reminiszenz Londons an zwei von ihm verehrte große Schriftsteller-Vorbilder: Herman Melville und Robert Louis Stevenson. Sie hatten ihr Leben zeitweise auf den Marquesas und Samoa verbracht. Doch als London dort eintraf, existierten die von beiden Dichtern beschriebenen paradiesischen Inselwelten nicht mehr bzw. hatten sich zivilisatorisch sehr verändert. Vielfach wurden die Eingeborenen auf den Inseln von den Weißen zur Plantagenarbeit gezwungen. Im Roman „Die Insel Berande“ schildert London eine Eingeborenenrebellion gegen die weißen Ausbeuter. Und in „Die Meuterei auf der Elsinore“ war der Aufstand der Mannschaft eines Segelschoners Gegenstand einer typischen Roman-Erzählung Londons. Immer galt sein Blick und seine Parteinahme den Erniedrigten und Beleidigten.

Der Segeltörn, der eigentlich als mehrjährige Weltreise geplant war, fand in Sydney ein vorzeitiges Ende, da sich London und mehrere Besatzungsmitglieder in der Südsee neben

der Malaria eine seltsame Krankheit mit Geschwüren am Körper zugezogen hatten, die dringende medizinische Behandlung mit metall- und quecksilberhaltigen Salben und Medikamenten erforderten. Das Schiff kam noch vor Ort unter den Hammer. Die schwer verträgliche Behandlung mit der an Nebenwirkungen reichen Medizin setzte London erheblich zu und verschlechterte trotz Genesung nach der Rückkehr seinen allgemein angeschlagenen Gesundheitszustand weiter. Es machte London mehr und mehr schwermütig und mürbe, seine einst strotzende Konstitution schleichend dahinschwinden zu sehen und widersprach seiner Auffassung vom überlegenen starken Leben. Er setzte gegen seine Schmerzen zunehmend Morphinum und Laudanum, zwei starke Schmerz- und Betäubungsmittel, ein und wurde abhängig davon. So wie er zuvor schon in Jugendjahren vom Alkohol abhängig geworden war, worüber er in seinen autobiografischen Romanen „Martin Eden“ (1908), gleichzeitig ein Bildungsroman, und „König Alkohol“ (John Barleycorn; 1912) freizügig Auskunft gab, ohne sich deshalb für krank zu halten. Er war, was man einen „kontrollierten“ oder „Pegel-Trinker“ nennen könnte. Immer wieder lagen zwischen seinen Exzessen längere abstinente Phasen, zumal es auch die Ehe mit Charmian stark belastete. Noch kurz vor seinem Tod schrieb London in einem Brief: „‘Martin Eden’ und ‚Der Seewolf‘ (...) waren Proteste gegen die Philosophie Nietzsches, insofern die Philosophie Nietzsches die Stärke und den Individualismus selbst bis zum Kriege und zur Zerstörung vertritt und sich gegen Zusammenarbeit, Demokratie und Sozialismus wendet. Der Weltkrieg ist die logische Folge der Philosophie Nietzsches.“ (zit. nach Recknagel, S. 195).

Alaska-Abenteuer und erste Literaturerfolge

Gelingen und Scheitern lagen bei Jack Londons selfmade Unternehmungen nicht selten eng beieinander. Von seinem nur knapp elf Monate dauernden Trip 1897/98 zu den neu entdeckten Goldfeldern im Klondike-Distrikt am Yukon in Nordwestkanada und Ost-Alaska, kehrte er vorzeitig we-

gen einer ernsten Skorbuterkrankung, auch „arktische Lepra“ genannt, und körperlicher Erschöpfung zurück, die auch sein Gebiss arg ramponierte. Die täglichen Mühen der schweren Transporte von Ausrüstung über schneebedeckte Pässe, unwegsame Pfade und hunderte von Kilometern mit selbstgebaute Flößen auf dem wilden Yukon; das oft wochenlange Ausharren im Winter in Eis, Schnee und arktischer Dunkelheit und Kälte, setzte London hart zu und zehrte an seinen jungen Kräften. Es prägte sich ihm unauslöschlich als „das weiße Schweigen“ ein. Was er dabei selbst erlebte und an Lagerfeuern und bei Blockhüttenaufenthalten von anderen hörte und aufschnappte, begründete mit den Alaska- und Nordlandgeschichten Londons erste schriftstellerischen Versuche und späteren Erfolge. 1899 erschien eine erste Geschichtensammlung „Odyssee des Nordens“. Er avancierte darüber zum meisterlichen Kurzgeschichten-Erzähler, seinem eigentlichen literarischen Genre. In strenger Selbstdisziplin legte er sich auf, täglich 1.000 Worte zu schreiben. Obwohl Alaska für ihn nur eine kurze Episode blieb, er trotz eines erworbenen Claims nur mit lächerlichen vier Dollar und ein paar Cent Goldstaubausbeute zurückkam, prägte sie sich tief ein. Ohne Alaska kein schreibender Jack London. Sein „Gold“ war hinfort literarischer Art. Stilistisch bedeutsam und wegweisend sind die in Dualität zueinander stehenden beiden Romane „Ruf der Wildnis“ und „Wolfsblut“ als Kern und Basis seines ganzen literarischen Schaffens. In ersterem geht es um die Verwilderung eines Wolfshundes, der aus menschlicher Zivilisation ausbricht und zum Leittier eines Wolfsrudels wird. Im zweiten um die umgekehrte Entwicklung der Zähmung und Anpassung eines Wolfsmischlings an die Menschen. Beides steht sinnbildlich und allegorisch für die zwei Tendenzen in Londons Wesen: den Zug zum sesshaften, geborgenen Häuslichen, das er kaum kennengelernt hatte und den ruhelosen Abenteuerdrang in die Wildnis und zum Reisen, zwischen denen er zeitlebens schwankte, ähnlich wie in der Charakterdualität im „Seewolf“. Heimkehr und Flucht. Das Bild eines Wolfes wurde fortan auf

allen ersten Buchcovern zu Londons Markenzeichen.

Das allererste literarische Werk Londons war jedoch seine Schilderung einer Sturmfahrt 1893 als junger Vollmatrose auf dem Dreimast-Robbenfangschiff „Sophia Sutherland“ im Nordmeer. Sie mündete in die Erzählung „Ein Taifun vor der japanischen Küste“, mit der London gleich den 1. Preis im Zeitungswettbewerb



des „San Francisco Call“ errang. London orientierte sich in Themen, Stil und philosophischem Schreiben u. a. am Dschungelbuchautor Rudyard Kipling und den finster-makabren Fantasy-Stoffen von Edgar Allen Poe. Über Kipling schrieb London 1901 den zwei Jahre später in „The Reader“ publizierten Essay „These Bones Shall Rise Again“ und über Poe die 1903 in „The Critic“ erschiene Abhandlung „The Terrible and Tragic in Fiction“ (beide dt. in: „Geschichten vom Rande der Wirklichkeit“, a.a.O.). Als London um 1900/01 nach etwa zwei Jahren der Mühen den Durchbruch endlich geschafft hatte, avancierte er zu einem bedeutenden modernen amerikanischen Schriftsteller und Autor, neben

Mark Twain, Ambrose Bierce, Henry James, Theodore Dreiser und Upton Sinclair, an dem sich spätere Größen wie z. B. Ernest Hemingway oder John Steinbeck orientierten. London, als politischer Schriftsteller weitgehend vergessen, wurde und wird noch heute in aller Welt als Autor von Abenteuer geschichten gelesen und geliebt. Obwohl Reisen, wie er sie zu Land und Wasser unternahm, heute nicht mehr so exklusiv den Reiz des Abenteuerlichen und Exotischen haben und zur Routine wurden, während sie heute eher die Faszination ausüben einer Zeit und Welt, die nicht mehr existiert

Soziale Gemeinschaft – ökologischer Landbau – Tierzucht

Im kalifornischen Glen Ellen/ Sonoma County, im zauberhaften Moon Valley (Mondtal), erwarb der Autodidakt Jack London von seinen inzwischen reichlich fließenden Verlags-Tantiemen 1905 ein 50 Hektar großes Ranchanwesen, genannt die „Beauty Ranch“ (Schöne Farm), die er ab 1910 zu einer Modellfarm ausbauen wollte. Wo er nach nachhaltigen Gesichtspunkten ohne Kunstdünger Gemüse- und Früchteanbau und Pferde- und Viehzucht betrieb, exklusive Baumpflanzungen anlegte und mit neuen Schweinehaltungsmethoden experimentierte. London war der Erste in Kalifornien, der für sein geerntetes Getreide Silos aus Beton baute. Damit verbundenen sich ursprünglich für London durchaus nicht nur unternehmerische Zwecke, um damit Geld zu verdienen, sondern auch sozialgemeinschaftliche Ziele, die sich auch von Sozialutopien nährten wie jenen von Robert Owen oder Edward Bellamy. Nicht nur Agrarmodell, sondern auch Grundstein vielleicht für eine sozialistische Künstlerkolonie oder Siedlung. Die Beauty Ranch wuchs und entwickelte sich zum Treffpunkt für allerlei namhafte Persönlichkeiten der Region, engere Vertraute, politische Freunde von der Sozialistischen Partei bis hin zu Tramps und Vagabunden, die vorbeischaute. London scheint eine soziale Ausweitung des Projekts irgendwann nicht weiter verfolgt zu

haben, nachdem er erkennen musste, dass seine Beauty Ranch mehr Ärger und Verluste einbrachte als Nutzen und Fortschritt. Er ließ deshalb seine Stiefschwester Eliza London-Shepard zu sich kommen, die auch während seiner häufigen Abwesenheiten auf Reisen in Begleitung seiner Frau mit strengem Regiment zur verlässlichen Hilfe bei der Führung der Farm und den Finanzgeschäften wurde.

Fehlschläge, Katastrophen und früher Tod

Typisch für Jack Londons Landwirtschaftsexperiment war es, dass seine Schweine es in einer sauberen Stallung, deren Boden und Wände mit Beton ausgegossen waren, hygienisch besser haben sollten, als in dem Dreck, in dem sie sonst hausten. Man sprach vom aufwendig errichteten, runden Stall aus Natursteinen schon belustigt vom „Schweinepalast“ (Pig's Palace). Die kreisförmige Bauform sollte es einem einzigen Mann rationell erlauben, von einer zentralen Futterstelle in der Mitte aus die Tiere in 17 Gruben zu versorgen. Aber die empfindlichen Schweine zogen sich vom kalten Beton Lungenentzündungen zu. Londons nach eigenen Entwürfen gebaute Segelyacht „Snark“ wies aufgrund in der Eile des Aufbruchs schlecht ausgeführter Dichtungsarbeiten nach ersten stürmischen Belastungen auf hoher See schwere Leckagen auf, so dass man zu monatelangen Reparaturen auf Hawaii ausharren musste. Die Schiffsscrew einschließlich des Kapitäns, eines Onkels seiner Frau, erwies sich als ungeeignet und wurde in Hawaii ersetzt. London lernte in kurzer Zeit die Grundkenntnisse der Hochseefahrt und steuerte den Schoner von da an selbst. Die Vulkaninseln im mittleren Pazifik wurden auch später noch für das Ehepaar London zum Fluchtpunkt und seelischen Refugium, wo Jack und Charmian zu Fuß und Pferd das Land durchstreiften, Jack an den Stränden surfte, zum Salonlöwen avancierte und politische und literarische Vorträge hielt. Die jungen Setzlinge einer aufwendig angelegten Eukalyptusbaumpflanzung im Mondtal, von der sich London einmal einen einträglichen Gewinn versprach, gingen ein. Sein späteres Traumhaus, das riesige „Wolfshaus“

im Mondtal mitten im kalifornischen Urwald gelegen, brannte im August 1913 bis auf die stützenden Grundmauern aus Lavagestein ab, kaum dass es auf die Fertigstellung zugeht. Ob aus Brandstiftung blieb unklar. Liegen gelassene ölige Lappen sollen sich selbst entzündet haben, hieß es hinterher. London, der diesen Tiefschlag kaum noch mal verwand, hatte es auf einer Grundfläche von 1.500 m² selbst entworfen, auch als Gästehaus gedacht, überwiegend erbaut aus Holz mit 29 Zimmern und einem ausgeklügelten Wasserleitungssystem für ein Schwimmbassin mit aus heißen Quellen fließend warmem und kaltem Wasser und legte beim Bau selbst mit Hand an. In Alaska hatte er gelernt, wie man stabile Holzhäuser baut.

Das aufwendige Projekt, wegen dem man London bisweilen auch schon mal Größenwahnsinn attestierte, fraß seine Geldmittel auf und zwang ihn zu weniger anspruchsvoller Schriftstellerei, die ihn zeitweilig zum verhassten „Schreibsklaven“ machte. So entstanden z. B. Stories wie das unvollendete Romanfragment „Das Mordbüro“, das erst in den 1960er Jahren lange nach Londons Tod von Robert L. Fish im London-Stil zu Ende geschrieben wurde. Sein bester Kurzhornstier brach sich bei einem Sturz das Genick. Der Paradezuchthengst ‚Shire‘ verendete durch Gift. Früher als andere erkannte London die Möglichkeiten des neuen Stummfilms, wovon er sich Geldeinnahmen erhoffte. Er stieg ins Filmgeschäft ein und gründete die Firma Bosworth Inc. Ein Darsteller mit kräftiger Statur, ähnlich London selbst, Jack Bosworth, spielte die Hauptfigur in London-Abenteuer-Geschichten. Da man es mit Filmrechten damals noch nicht so genau nahm, entstanden Parallelproduktionen anderer Firmen, so dass man als Echtheitszertifikat Londons Filmen stets einige Filmszenen mit ihm selbst voranstellte, die wenigen, die es von ihm gibt. 1913/14 entstanden so sieben Filme, darunter erstmals „Der Seewolf“, die jedoch nur ein laues Echo fanden. Das frühe Pionierkinno wurde vom Publikum noch nicht wirklich ernst genommen. Zudem behinderte der Weltkrieg ab 1914 den Vertrieb. Die Filmerei wurde ein weiterer London-Flop, von der nicht viel erhalten blieb. Schließlich zu erwähnen ist noch das private Unglück des

Paars, dass ein Kind vor und eines bei der Geburt starben. Alles in allem eine zu massive Anhäufung von Pleiten und Unglücken, die an Londons mentaler Verfassung nicht spurlos vorübergingen, ihn psychisch stark belasteten und depressiv zermürbten. Er las in jenen Tagen C. G. Jungs „Die Psychologie des Unbewussten“. Er aß üppige fette Speisen, hatte stark zugenommen, bekam ein aufgedunsenes Gesicht und war schwer nierenkrank. Offiziell war die Angabe Nierenversagen die Ursache seines vorzeitigen Todes. Lange hielt sich unter Biografen aber auch die Version, London hätte sich das Leben genommen, was angesichts seines übermäßigen Alkohol- und Zigarettenkonsums und seiner Morphiumsucht durchaus im Bereich des Möglichen lag, zumal sich an seinem Bett auch zwei leere Morphiumphiolen fanden. Er, der Macher und Unternehmer, der „Übermensch“ und Kämpfer für Sozialismus, hätte dann so durch Krankheit gezeichnet und frühzeitig gealtert nicht mehr weiter leben und leiden wollen. Der deutsche Biograf Alfred Hornung verweist die unbewiesene Suizid-These jedoch ins Reich der Mythenbildung.

London, die mexikanische Revolution und die Sozialisten

Man könnte vielleicht sagen, dass London in seinem kurzen Leben je mehr von seiner sozialistischen Orientierung verlor, desto mehr er zum eigenen Unternehmer wurde, der auf seiner Ranch auch Landarbeiter beschäftigte. Seine eigene Theorie von der evolutionären Prägung durch die Umstände schien ihn einzuholen. London war über die erfahrenen praktischen Misserfolge und Schicksalschläge ein anderer geworden und verbitterte zusehends. Als Kriegsberichterstatte für „Collier's Weekly“ in Mexiko 1914, schimpfte er auf die anfangs von ihm unterstützten Sozial- und Bauernrevolutionäre, die seit 1910 den gewaltsamen Umsturz betrieben und einen Guerillakrieg gegen die Regierung führten. In seiner Solidaritätsdresse von 1911 schrieb er noch: „Wir Sozialisten, Anarchisten, Hobos, Hühnerdiebe, Gesetzlose und in den Vereinigten Staaten unerwünschte Bürger sind mit Herz und Seele mit

Euch in Eurem Kampf, Sklaverei und Autokratie in Mexiko zu stürzen.“ Nun nannte er sie einen Haufen von Banditen, die nur noch für ihren eigenen Vorteil kämpften. Sie sollten damit seiner Ansicht nach zu einem Ende kommen, das Land bräuchte dringend Stabilität, die ihm nur die USA gewähren könnten. Doch letztere Einschätzung zielte ziemlich an der Wirklichkeit vorbei. London selbst setzte mit einem amerikanischen Kriegsschiff nach Mexiko über, was ihm seine Genossen verübelten. US-Marines intervenierten im südlichen Nachbarland und besetzten die wichtige Hafenstadt Veracruz. Das Ziel dieser von London begrüßten Einmischung war nichts als Kanonenbootpolitik im eigenen Hinterhof, um amerikanische Interessen an mexikanischem Öl zu wahren und ein Übergreifen der Unruhen auf US-Gebiet zu verhindern. Die US-Regierung, die seit um 1900 eine Außenpolitik des „Big Stick“ (großer Prügel) betrieb, trat im Jahr nach Londons Tod in den Ersten Weltkrieg ein und ging daraus endgültig als erste imperiale Supermacht in Ablösung des britischen Empire hervor.

Schließlich traten London und seine Frau sogar 1916 einige Monate vor seinem Tod noch aus ihrer Heimatsektion der Socialist Party in Glen Ellen aus. Doch nicht, wie man vielleicht annehmen mochte, weil er zur Gegenseite übergelaufen wäre. In seiner brieflichen Austrittserklärung schrieb er u. a.: „Ich verzichte auf die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Partei, weil es ihr an Feuer und Kampfgeist gebricht und weil sie die Energie im Klassenkampf verloren hat (...). Weil die ganze Richtung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren nach Versöhnung und Kompromiss neigt, erlaubt mir meine Gesinnung nicht länger, ein Mitglied der Partei zu bleiben. Darum meine Resignation, darum mein Rücktritt (...). Im Namen der Revolution, J. L. (zit. nach Recknagel, S. 256/57). Dass Londons Begründung und persönliche Zweifel nicht ganz aus der Luft gegriffen waren und auch von anderen geteilt wurden, zeigte schon ein Jahr zuvor ein Londons Kritik bestätigender Beitrag im „American Socialist“, der auf die Gefahr einer reformistischen Parteientwicklung hinwies und die

Verdrängung revolutionärer Ideale zugunsten bloßen Stimmenfangs kritisierte. Londons Rückzug blieb unter Genossen nicht ohne Kontra. Bei Recknagel heißt es dazu: „Sozialisten aus Oakland stellten fest, dass der Genosse London schon lange den Kontakt zu ihrer Partei verloren habe, weil er es beispielsweise abgelehnt hatte, in ihren Versammlungen zu sprechen. Es könnte also gar nicht stimmen, dass er ‚bis zum heutigen Tag ein kämpfendes Mitglied‘ gewesen sei.“ (S. 258). London konterte dies wiederum und verwies darauf, mit dem geschriebenen Wort seiner Schriftstellerei weit mehr Menschen erreicht zu haben als mit dem gesprochenen auf Versammlungen. Aussage gegen Aussage, aber auch, wie Recknagel meint, ein Aufweis sich „im Kreis“ drehender „Rechtfertigungen“ (Recknagel, ebd.).

Die wichtigen politischen Jahre

Etwa die ersten fünf Jahre nach der Jahrhundertwende waren politisch seine produktivsten. Er hielt an vielen Orten und zu sich bietenden Gelegenheiten für die Socialist Party Reden und Vorträge. Er agitierte bei Kundgebungen auf der Straße und schrieb politische Artikel. Er unterstützte die Aktivitäten der Unions (Gewerkschaften) und spendete Geld, wusste er doch als Intellektueller aus seinen eigenen Erfahrungen bestens Bescheid über die Bedingungen der arbeitenden Menschen und ihrer sozialen Nöte und Kämpfe. 1904 war London für die Hearst-Presse Korrespondent im Russisch-Japanischen Krieg, gelangte dabei auch nach Korea, doch nie nah genug heran an die Kampfgebiete. Dafür beeindruckte ihn die natürliche Anbauweise der Bauern ohne zusätzliche Dünger oder den Boden auszulaugen. Die Revolution von 1905 in Russland begrüßte er aus voller Überzeugung. Die Essays „Wie ich Sozialist wurde“ (1902), „Revolution“ und „Klassenkrieg“ (Class War; 1905), eine Artikelsammlung, die zeitlich eng beieinander liegend abgefasst wurde, offenbarten seine beobachtenden und analytischen Fähigkeiten, auch wenn Londons Kenntnis des Marxismus nicht die tiefendendste war. Der US-Publizist und Historiker Philip S. Foner veröffentlichte 1964

die umfangreiche Sammlung „The Social Writings of Jack London“ (Jack London: Soziale Schriften), der er seine eigene ausführliche Studie „Jack London: American Rebel“ (S. 3-130) voranstellte. Sie liegt nur in Englisch vor, ist aber die vielleicht zutreffendste knappe Betrachtung zur Einordnung von Londons politischem Werk. London bewarb sich in seiner Heimatstadt Oakland auch mehrfach um das Bürgermeisteramt, ohne Erfolg. Er kam über knapp 1.000 Stimmen nie hinaus. Im Gegenteil brachte ihm das sogar einen zeitweiligen Boykott seiner Schriften ein. Der DDR-Literaturwissenschaftler Rolf Recknagel, bekannt auch für seine biografischen Studien zu Oskar Maria Graf und B. Traven, zitiert London in einer kenntnisreichen Biografie (1976) aus Äußerungen bei Vorträgen in den Wintermonaten 1904, als er im literarisch-philosophischen John-Ruskin-Club über Fragen des Sozialismus und der Kunst sprach: „Ich bin Sozialist, erstens weil ich als Proletarier geboren wurde und bald erkannte, dass der Sozialismus die einzige Rettung für das Proletariat ist; zweitens weil ich, als ich aufhörte, Proletarier zu sein ein Parasit (ein Kunstparasit, wenn Sie wollen) wurde, erkannte, dass der Sozialismus die einzige Rettung für die Kunst und den Künstler ist“ (S. 173). Mit der Aktivistin und Frauenrechtlerin Anna Strunsky ging er während der ersten Ehe, aus der die Töchter Joan und Becky hervorgingen, eine vorübergehende Schaffens- und Liebesliaison ein, die auch eine geistige Bereicherung und Ergänzung darstellte. Wie nach ihr Londons zweite Frau Charmian Kittridge (ab 1905), eine emanzipierte Reederstochter, in privater Hinsicht, übte Anna Strunsky bis zum Bruch 1902 politisch einigen Einfluss auf London aus, führte ihn auch in sozialistische Kreise ein. Unter dem Titel „The Kempton-Wace-Letters“ (1901) veröffentlichten sie ihre politische Korrespondenz miteinander. Charmian und Jack wuchsen immer mehr zusammen und ergänzten einander auch intellektuell und in ihren kulturellen Interessen, vor allem der Reiselust in fremde Länder. Sie war intelligent, vornehm, gebildet, sportlich, wie Jack eine begeisterte Reiterin und sie konnte Maschine schreiben, korrigierte und tippte Londons Manuskripte.

Biografische und politische Werk-Rezeption

Im Roman „The Little Lady of the Big House“ (1916) setzte London seiner resoluten, libertin gesonnenen Frau Charmian literarisch ein Denkmal. Sie betrieb dafür nach Londons Tod in ihrer eigenwilligen, zweibändigen London-Biografie „Jack London - Sein Leben und Werk“ (dt. 1929) eine Glättung und Beschönigung der dunklen Seiten ihres Mannes und strickte an einem verklärenden London-Mythos. Es wurde eingangs schon erwähnt, dass man in der medialen Rezeption Londons politische und unternehmerische Dimension allzu leicht ausklammert und gerne übergeht. Dankenswerter Weise hat der ISP-Verlag die Sammlung „Krieg der Klassen - sozialistische Schriften“ herausgegeben (1986), in der u. a. die Beiträge „Wie ich Sozialist wurde“, „Was mir das Leben bedeutet“, „Vorwort zu ‚Krieg der Klassen‘“, „Der Klassenkampf“, „Revolution“, „An die lieben, tapferen Genossen der mexikanischen Revolution“, „Austrittserklärung aus der Sozialistischen Partei“ auf Deutsch vorliegen und die neben einem Brief Trotzki vom Oktober 1937 an Londons erste Tochter Joan eine ausführliche Nachbetrachtung „Jack London und die amerikanische Arbeiterbewegung“ (S. 203-250) von Paul Kleiser beinhaltet. In seinem Brief an die „Genossin London“ berichtet Trotzki aus seinem neuen mexikanischen Exil, wie sehr ihn die erstmalige Lektüre von Jack Londons Sozialutopie „Die eiserne Ferse“ (The Iron Heel; 1906) „überrascht“ habe „durch die Kühnheit und Unabhängigkeit [der] geschichtlichen Vorhersage“ des Buches. Der englische Schriftsteller und selbst Sozialist, George Orwell, kam freilich in seinem Vorwort zu Londons „Love of Life“ (Die Liebe zum Leben) zu einer differenzierteren Bewertung. Über Londons utopisches Buch schrieb er: „‘Die eiserne Ferse’ ist kein gutes Buch. Insgesamt haben sich die Voraussagen des Buches nicht bestätigt. Seine Zeitabfolge und die geographischen Angaben sind lächerlich. London machte den Fehler vieler seiner Zeitgenossen, indem er annahm, dass die Revolution zuerst in den hochindustrialisierten Ländern ausbrechen würde. Aber in vielen Punkten hatte London richtig

gesehen, wo alle anderen sich irrten. Und er hatte recht dank seiner Charaktereigenschaft, die ihn auch zu einem guten Kurzgeschichtenschreiber machte und zu einem wenig verlässlichen Sozialisten.“ (zit. nach Ayck, S. 141). Im utopischen Kurzroman „The Scarlet Plague“ (Die Scharlachpest), veröffentlicht zwischen Juni und September 1913 im „American Monthly Magazine“ (dt. in: „Geschichten vom Rande der Welt“; a.a.O.), findet sich der erstaunlich genau vorausschauende Satz „Die Welt war voller Menschen. Die Volkszählung des Jahres 2010 ergab acht Milliarden für die ganze Welt -“ Eine positive deutsche Resonanz auf „Die eiserne Ferse“ zeigte sich darin, dass im Zentralorgan der KPD, Rote Fahne, von Januar bis April 1923 der utopische Roman in Fortsetzung abgedruckt wurde. Gesamtbewertend urteilte die Rote Fahne im November desselben Jahres: „Und doch, obwohl solche Schwankungen und Abirrungen von den Grundsätzen und der proletarischen Ideologie im Gesamtwerk Jack Londons wie in seinem Leben manchen Schatten hinterlassen, bleibt er einer der Unseren“ (zit. nach Recknagel, S. 194).

Es sind vor allem die älteren Biografien wie die von Irving Stone („Zur See und im Sattel“; Berlin 1948) oder Robert Barltrop („Jack London: The Man, the Writer, the Rebel“; London 1976), die authentisches Material aus erster Hand liefern. Londons Witwe und seine Halbschwester Eliza Shepard übergaben Stone einen Großteil von Londons privatem, literarischem und essayistischem Nachlass: Privatbriefe, Bibliothek, Rechnungsbücher, Papiere, Korrespondenz, Aufzeichnungen, Manuskripte und Familien-dokumente. Die Büchergilde Gutenberg hat 1982 zu ihrer Auswahl-Edition mit Werken Jack Londons die überaus interessante London-Biografie von Andrew Sinclair hinzugefügt, Dem britischen Novellisten, Historiker und Kritiker Sinclair ist bisher die vielleicht genaueste, weil „objektivste“ Darstellung von Londons Werk und Leben gelungen, mit einem umfangreichen Anmerkungs- und Quellenverzeichnis, die auch die fragwürdige Seite Londons kritisch einbezieht. Ihm diente auch noch persönlich die London-Tochter Joan (1901-1971) als informelle Gewährsperson, die über Jahrzehnte als engagierte, schreibende Gewerkschaftlerin

politisch in die sozialistischen Fußstapfen ihres Vaters trat. Sie schrieb mit „Jack London and his Times“ eine bemerkenswerte Werk-Biografie über ihren Vater, deren „sorgfältige Objektivität“ bei der Schilderung der gesellschaftlichen Situation, wirtschaftlichen Entwicklung, philosophischen Ideen und politischen Strömungen, die ihren Vater trugen, Robert Barltrop lobend hervorhebt. Vor allem Sinclair bleibt jedoch auf kritische Distanz zu all jenen, die London in diese oder jene Richtung vereinnahmten wollen und hinterfragt auf bisweilen ironische Weise jegliche damit verbundene Mythen- und Legendenbildung. Eine Reihe neu erschienener Biografien erfolgte anlässlich des 100. Todestags von Jack London am 22. November 2016, von denen sich die reich illustrierte von Viotte/Mauberret besonders abhebt, die auch durchaus Neues zum bekannten biografischen Bild des Schriftstellers beiträgt. Ein bibliophiles Kleinod stellt die Neuveröffentlichung auf Deutsch des Snark-Reisebuches dar.

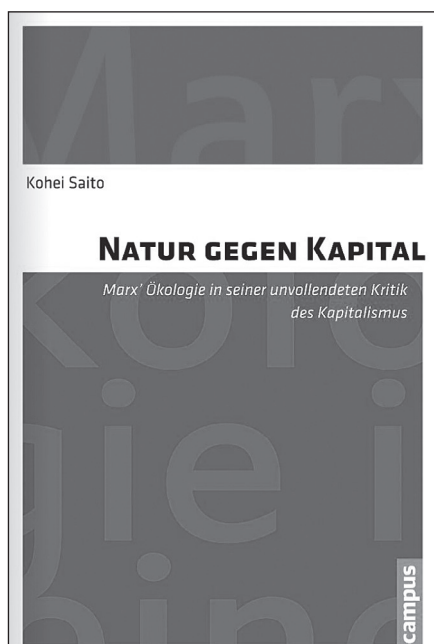
EK/HB, 5. März.2019

Literatur/Quellen (kl. Auswahl):

- TV-Dokumentation: „Jack London - Ein amerikanisches Original“ (F, 2016; Regie: Michel Viotte); Arte, 3.12.2016/19.2.2019.
- Thomas Ayck: Jack London in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek b. Hamburg 1976. Philip S. Foner (Ed.): The Social Writings of Jack London. Sicaucus, N. J. (USA) 1964. Alfred Hornung: Jack London. Abenteuer des Lebens. Darmstadt 2016. Michael Krausnick: Jack London (Portrait). München 2006. Jack London: Krieg der Klassen - sozialistische Schriften. Hrsg. von Paul B. Kleiser und Christian Geyer. Frankfurt/M. 1983. Ders.: Geschichten vom Rande der Wirklichkeit. Erzählungen und Essays. Frankfurt/M. - Berlin 1985. Rolf Recknagel: Jack London. Leben und Werk eines Rebellen. Berlin (Ost) 1976. Michel Viotte u. Noel Mauberret: Die vielen Leben des Jack London. München 2016. Londons Romane und Story-Sammlungen sind zahlreich in deutschen Verlagen erschienen. Von den politischen Schriften wurden meist nur die Sozialreportage „Menschen am Abgrund“ und die Utopie „Die eiserne Ferse“ aufgelegt. Der politische Schriftsteller London bleibt im Deutschen bis auf die genannte Ausnahme ausgeklammert.

Kohei Saito, Natur gegen Kapital

Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus



Zu allen Zeiten seit dem Erscheinen des Marx'schen Hauptwerks *Das Kapital* sind Fragen gestellt worden, was uns Marx zu Umwelt und Ökologie zu sagen hat. Anlässe dazu gab es in den 1970er Jahren mit wissenschaftlichen Studien wie *„Die Grenzen des Wachstums“* (1972) des *Club of Rome* oder *„Global 2000“* (1977), in Auftrag gegeben von der Regierung Carter in den USA. Später folgten internationale Abkommen zur Erhaltung des Klimas wie die von Rio de Janeiro (1992) und von Paris (2015). Verschärft wird die Debatte in der gegenwärtigen Ära des akuten Klimawandels. Von Kritikern des Marxismus ist der Vorwurf erhoben worden, dass die marxistische Theorie einen unerschütterlichen Fortschrittsglauben predige, der sich darauf stütze, dass mit menschlicher Technik die Natur vollkommen beherrschbar sei, wenn nur erst die kapitalistische Gesellschaft revolutionär überwunden und die Profitlogik mit ihr verschwunden sei. Marx' Fortschrittsoptimismus leite sich demnach aus seiner Bewunderung für die kapitalistische Produktionsweise und die in ihr herrschende Bourgeoisie ab, die sich aus den entsprechenden historischen Abschnitten im Kommunistischen Manifest ergebe. Marx habe

wegen dieses „Produktivkraft-Fetischs“ und seiner anthropozentrischen Sicht (der Mensch als Mittelpunkt allen Geschehens in der Welt) zu Erkenntnissen über Ökologie und Umweltfragen nichts beigetragen und dazu nichts Schriftliches hinterlassen.

Man folgerte daraus einen unkritischen „Produktivismus“, den Marx angeblich vertreten, Lenin übernommen habe und der später in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten umgesetzt worden sei. Das sei aber spätestens aus heutiger Perspektive völlig verfehlt, weil die bloße gesellschaftliche Aneignung der kapitalistischen Produktionstechnik die Probleme der Knappheit natürlicher Ressourcen und der Überlastung der Ökosphäre durch Abfall- und Giftstoffe nicht umgehen könne und die Rettung des Planeten so nicht machbar sei. Marx' Kapitalismuskritik sei daher geradezu kontraproduktiv; sein „unökologischer Standpunkt“ sei darin begründet, dass seine Werttheorie wegen der Verabsolutierung menschlicher Arbeit die Natur als „nicht werttragend“ und damit geradezu „wertlos“ betrachte. Dies ist nur ein knapper Überblick über die gängigen Missverständnisse zu diesem Thema.

All dem lässt sich zunächst ein Kernsatz Marx'scher Ökologie entgegenhalten: *„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter (Das Kapital, Bd. I., MEW 23, S. 529).“* Zumindest der technische Fortschrittsglaube ist hiermit widerlegt: Das Kapital hat nicht nur produktive, sondern auch destruktive Wirkungen und Potenzen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass Marx und Engels *„Naturbeherrschung“* nicht als *„Unterwerfung der Natur“* unter den despotischen Willen des Menschen und somit als Überschreitung der natürlichen Grenzen ohne nachteilige Folgen verstanden, sondern im Gegenteil als sinnvolle und wissenschaftlich fundierte Anwendung der Naturgesetze im von der Natur gegebenen Rahmen, dem auch der

Mensch als biologisches Wesen sich nicht entziehen kann.

Damit bleibt aber – oberflächlich betrachtet – die Aussage, dass Marx das Thema „Ökologie“ unterschätzt und sich wenig bis gar nicht damit auseinandergesetzt habe. In einer ersten Antwort dazu lässt sich darauf hinweisen, dass der Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert (Marx lebte 1818–1883) noch wenig entwickelt war, seine Umweltschäden – über lokal wirksame Verhältnisse hinaus – noch geringe Aufmerksamkeit erregten und man ihnen noch relativ leicht ausweichen konnte. Marx hätte also in seiner Zeit gar nicht genügend Anschauungsmaterial und zwingende Gründe gehabt, sich mit dem destruktiven Potenzial des Kapitalismus zu befassen, weil dieses Vorgehen weitgehend spekulativen Charakter gehabt hätte, was seine Sache nicht war.

Das ist zwar eine zumindest teilweise zutreffende Feststellung. Dennoch ist aber schon länger bekannt, dass sich Marx in seiner gewohnt gründlichen Wissenschaftlichkeit mit „Ökologie“ (der Begriff entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts und etablierte sich seit den 1970er Jahren) auseinandergesetzt hat. Der Autor des hier vorgestellten, 2016 veröffentlichten Buches, der Japaner Kohei Saito, hat sich die Mühe gemacht, die hierzu heute zugänglichen Quellen Marx'schen Schaffens durchzusehen und zu verarbeiten. Demnach hat Marx in der Tat zur Ökologie nicht viel veröffentlicht; es beschränkt sich im Grunde – neben einigen Stellen im ersten Band des *Kapital* – auf den sechsten Abschnitt im dritten Band zu Grundrente und ihren abgeleiteten Formen Differentialrente I und II, also zu Fragen der Landwirtschaft, ihrer Ausbeutungsformen und der Bodenfruchtbarkeit. Diese von Marx begonnene Arbeit wurde aber erst von Engels beendet und nach Ansicht mancher Wissenschaftler gegenüber ursprünglichen Intentionen verändert.

Das ist aber längst nicht alles. Saito untersuchte die Manuskripte (unveröffentlichte Werkvorlagen) und Exzerpte (zum Selbstgebrauch ange-

fertigte Auszüge aus wissenschaftlichen Werken anderer), die in der MEGA (MarxEngels-Gesamtausgabe) in der Abteilung IV¹ veröffentlicht sind bzw. werden. Es ist Aufgabe der marxistischen Wissenschaft, diese Werke zusammenzustellen und zu pflegen und die Erkenntnisse daraus allgemein zugänglich zu machen. Durch gründliche Untersuchung der einschlägigen, seinerzeit von Marx angefertigten Exzerptheft und Vergleiche seiner Erkenntnisfortschritte im Zeitverlauf konnte Saito die Entwicklung Marx'schen Denkens in diesem Bereich nachzeichnen. Hierbei kommt eine Fülle des Schaffens zum Vorschein. „Marx produzierte ein Drittel seiner Exzerpte in den letzten zehn Jahren seines Lebens, wobei es in fast der Hälfte der Exzerpte um Naturwissenschaften wie Biologie, Chemie, Botanik, Geologie, Mineralogie etc. geht (Saito, S. 17).“ Auf diese Weise zeigt sich, wie intensiv Marx sich mit dieser Thematik beschäftigte.

Früheren Generationen von Marx-Forschern waren diese Quellen noch weitgehend unzugänglich, was einen Teil der eingangs angesprochenen Missverständnisse zu Marx' Verhältnis zur Ökologie erklären mag. Einer der Bearbeiter der IV. Abteilung der MEGA schreibt zu deren allgemeiner Bedeutung: „Die Quellengruppe Exzerpte, bibliographische Notizen und Marginalien bildet die materiale Basis der geistigen Welt und des Werkes von Marx und Engels, sie ist für die Marx-Engels-Forschung und -Edition der Schlüssel zur geistigen Werkstatt beider Autoren und damit (...) der gebotene Zugang zum zeitgenössischen Kontext des historischen Marx bzw. Engels“ (zitiert nach Saito, S. 18). So zeigt – nach Auffassung Saitos – die Untersuchung der Exzerpte, dass Marx sich keine bloß optimistische Vorstellung der Zukunft auf der Basis einer unendlichen Entwicklung der Produktivität machte, sondern dass er im Gegenteil die stofflichen Naturgrenzen der menschlichen Produktion deutlich erkannte, um die spannungsvolle Beziehung zwischen Kapital und Natur als zentralen Widerspruch des Kapitalismus zu erörtern.

Allerdings, so muss einschränkend gesagt werden, dachte Marx nicht von Anfang an „ökologisch“, sondern entwickelte seine Auffassung im Fortgang seiner Beschäftigung mit naturwissenschaftlichen Werken und Erkenntnissen. Durch die Rekonstruk-

tion des Marx'schen Arbeitsprozesses entlang der naturwissenschaftlichen Exzerpte in diesem Buch wird – nach Auffassung Saitos – deutlich, wie in Marx' Projekt die Ökologie stetig an Bedeutung gewann und er in der Konsequenz seine frühere optimistische Einschätzung des emanzipatorischen Potenzials des Kapitalismus ganz bewusst korrigierte.

Der Gang der Darstellung

Im ersten von zwei Teilen dieses Buches geht es um das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie im Werk von Marx. Darin beschäftigt sich Saito mit zwei grundlegenden Begriffen und ihrer Rezeptionsgeschichte bei Marx: Entfremdung und Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur.

Mit „Entfremdung“ meint Marx zunächst die Realität im Produktionsprozess, in der der Arbeiter seine Tätigkeit in einem Produkt vergegenständlicht, das jedoch nicht ihm gehört (sondern dem Kapitalisten, für den es eine zu veräußernde Ware ist). Weder befriedigt es seine Bedürfnisse noch bestätigt es seine kreativen Fähigkeiten. Das Resultat der Arbeit erscheint ihm zweiteils vielmehr als eine fremde, selbständige Macht. Drittens entfremdet die lohnabhängige Arbeit ihn von der Natur und viertens von anderen Menschen. Arbeit im Kapitalismus (auch in vorkapitalistischen Ausbeutungsformen) ist also nicht Selbstzweck, sondern Entfremdung, Verarmung, Vereinzelung und Entmenslichung. Daraus entsteht die radikale Forderung nach Aufhebung dieser Verhältnisse. Der junge Marx „entwirft den Kommunismus als Ziel eines geschichtlichen Prozesses, in dem der Mensch seine Entfremdung durch eine Revolution überwindet und die absolute Einheit zwischen Mensch und Natur als Gattungswesen realisiert“ (S. 31).

Saito bezeichnet diese Auseinandersetzung mit dem Begriff der Entfremdung als die philosophische Periode von Marx. Die *Deutsche Ideologie* und die *Feuerbachthesen* markieren demnach das Ende dieser Phase und die Hinwendung zur politischen Ökonomie und zu den Naturwissenschaften, damit zu einer endgültig

materialistischen Auffassung. Dies sei aber „nur ein neuer Abschnitt derselben lebenslangen Forschung“ (S. 66). Darin nimmt nun der Begriff des „Stoffwechsels“ eine zentrale Bedeutung ein.

In den nächsten beiden Abschnitten breitet Saito eine Fülle von Facetten dieser Begrifflichkeit aus, beginnend mit der schlichten Feststellung: „Alles Lebendige muss mit seiner Umwelt im ununterbrochenen Austausch stehen, wenn es auf dem Erdball leben will (S. 67).“ „Stoffwechsel“ meint das, was wir heute allgemein mit „Ökologie“ bezeichnen. Darin wirken einerseits die „übergeschichtliche Mensch-Natur-Beziehung“, andererseits die unterschiedlichen Formen und Produktionsweisen jeder geschichtlichen Stufe. Die Resultate dieser einzelnen Phasen sind jedoch nicht gleichgültig. Marx' Kritik ermöglicht die „einzigartige Einsicht in den qualitativen Unterschied der kapitalistischen Produktionsweise zu allen vorherigen“ (S. 68) und damit in die Mittel und Strategien der Überwindung des Kapitalismus. Im folgenden werden weitere komplexe Aspekte genauer beleuchtet, etwa der „Arbeitsprozess als übergeschichtlicher Stoffwechsel“ und die „kapitalistische Transformation des Stoffwechsels“, die im ersten Band des *Kapital* erscheinen. Hier zeigt er auf, wie der kapitalistische Produktionsprozess die Arbeitskraft zerstört, denn das Kapital „fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum von Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann“ (MEGA II/6: S. 269, hier zitiert nach Saito, S. 147).

Ebenso geht es mit der Natur um. Hier kommt das oben erwähnte Verhältnis zum Tragen, dass die unberührte Natur „nichts kostet“, marxistisch gesprochen: keinen Wert (im marxistischen Sinne) hat, der ihr in einem Arbeitsprozess erst übertragen wird. „Das Kapital bezahlt nur für den Wert als Vergegenständlichung abstrakter Arbeit und keineswegs für die gesellschaftlichen und natürlichen Kräfte, die nicht in den Verwertungsprozess eingehen, während es sich die daraus resultierenden Mehrprodukte vollständig aneignet (S. 152).“ Und: „Davon profitiert das Kapital: Durch intensive und extensive Exploitation der Natur kann das Kapital nicht nur die Produktivität steigern, son-

1- In der MEGA sind in Abteilung I zusammengefasst alle veröffentlichten Werke und Aufsätze von Marx und Engels, in II »Das Kapital« in allen Fassungen sowie Vor- und Nacharbeiten, in III der Briefwechsel zwischen Marx und Engels und mit Dritten

dern dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken (S. 153).“ Deshalb sind Maßhalteappelle sinnlos, wenn sie nicht mit konkretem politischen und gesellschaftlichen Druck einhergehen, und deshalb führen andererseits massive Schäden wie Wasserverseuchung oder CO₂-Emissionen nicht unmittelbar zur Einsicht in die drohende Katastrophe.

Marx zog aus alledem die Konsequenz, dass er sich mit Naturwissenschaften gründlich auseinandersetzen musste, um sein Hauptwerk, die umfassende Analyse des kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsprozesses, zu vollenden. Im zweiten Teil (Marx' Ökologie und die Marx-Engels-Gesamtausgabe) beschreibt Saito, wie Marx diese Aufgabe anging. Er war natürlich abhängig von dem Forschungsstand seiner Zeit. Dementsprechend finden wir im dritten Band des *Kapital* seine (unvollendeten) Ausführungen zur Bodenrente (d. h. zur kapitalistischen Landwirtschaft). Dafür rezipierte er die Werke der wichtigsten Agrarwissenschaftler seiner Zeit, allen voran Justus von Liebig und seine „Agrikulturchemie“, die zur neuen naturwissenschaftlichen Basis für seine Kritik am Gesetz des abnehmenden Bodenertrags wurde.

„Allerdings verabsolutierte Marx Liebig's Agrikulturchemie nicht, wie wichtig dessen Theorie des Stoffwechsels für seine Kritik des Kapitalismus auch war. Wie im 6. Kapitel ausgeführt wird, beschäftigte Marx sich im Jahr 1868 gleich nach der Veröffentlichung des ersten Bandes des *Kapital* mit weiteren naturwissenschaftlichen Schriften, und zwar mit solchen, die Liebig's Theorie der Bodenerschöpfung kritisierten. Schon bald relativierte er seine Bewertung Liebig's und propagierte noch leidenschaftlicher die im Kommunismus zu verwirklichende Notwendigkeit des vernünftigeren Umgangs mit der Natur. In der historischen Untersuchung des Liebig-Kritikers Carl Fraas entdeckte er sogar eine ‚sozialistische Tendenz‘. Wenn gleich Marx später diese neue Wertschätzung für Fraas nicht völlig in das Kapital

integrieren konnte, kann man anhand des Fraas-Exzerpts erkennen, warum die Naturwissenschaften für Marx' Studien nach 1868 eine zunehmende Bedeutung gewannen. Das Jahr 1868 markiert eine neue Periode der Marx'schen Kritik des Kapitalismus. (S. 21)“

Mit dieser Zusammenfassung des zweiten Teils möchte ich schließen. Zu einer differenzierteren Darstellung fehlt hier nämlich der Raum. Zudem verfüge ich nicht über genügend naturwissenschaftliche Kenntnisse, speziell des Forschungsstandes zu Marx' Zeiten, um diese Zusammenhänge und das Fortschreiten von Marx' Ar-



beiten in diesem Bereich kompetent referieren zu können. Aber gerade auch diesen Teil des Buches habe ich mit Gewinn gelesen, weil er mir bislang unbekannte Aufschlüsse und Eindrücke des wissenschaftlichen Arbeitens von Marx vermittelte.

Fazit

Bereits im letzten Abschnitt der Einleitung hat der Autor ein Fazit vorweggenommen:

„Trotz ihrer Unvollendetheit erlaubt uns Marx' politische Ökonomie also, die ökologische Krise als Widerspruch des Kapitalismus zu behandeln, indem sie die Dynamik des kapitalistischen Systems darstellt, der zufolge der schrankenlose Trieb des Kapitals die stofflichen Bedingungen seiner Verwertung untergraben und schließlich gegen die Grenze der Natur prallen muss. Der Ausdruck ‚Natur gegen Kapital‘ meint allerdings freilich nicht, dass die Natur automatisch gegen den Kapitalismus wirken und zu des-

sen Ende führen würde. Der Kapitalismus könnte immer weiter von der rücksichtslosen Ausbeutung des Naturreichtums profitieren, bis die Natur derartig zerstört ist, dass ein großer Teil der Erde unbewohnbar würde. In Marx' Theorie des Stoffwechsels nimmt jedoch die Natur einen bedeutenden Stellenwert für den Widerstand gegen das Kapital ein. Denn das Kapital kann die Natur nicht willkürlich unter seine ökonomischen Formbestimmungen subsumieren, sondern es zerstört die fundamentale materielle Bedingung der freien menschlichen Entwicklung in immer größerem Umfang. Marx erkennt in der Zerstörung der Umwelt durch das Kapital die Chance auf die Bildung einer neuen revolutionären Subjektivität, die eine radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsweise fordert, um die freie und nachhaltige Entwicklung des Menschen zu verwirklichen. (S. 21/22)“

Man muss dem nicht vorbehaltlos zustimmen, insbesondere die hier sehr vage erscheinende „neue revolutionäre Subjektivität“ nicht

ohne weiteres akzeptieren. Aber es lohnt sich, sich mit dem Argumentationsgang auseinanderzusetzen, der zu dieser Schlussfolgerung führt (Saito meint mit dem Begriff offensichtlich eine Arbeiterklasse, die in ihrem Eigeninteresse am Überleben des Planeten auch ökologische Forderungen aufnimmt und sich daran politisiert). Wenn schon Marx in seiner Zeit das destruktive Potenzial des Kapitalismus im Verhältnis von Ökonomie und Ökologie erfasste, dann haben wir in unserer Zeit der zugespitzten Krisendynamik (Klimawandel, Verkehrsinfarkt etc.) erst recht allen Grund dazu. Das Buch zeigt, dass die marxistische Theorie hierfür die richtigen Einsichten bereitstellt.

F.D. 1.11.2018

Aus: Arbeiterpolitik Nr. 5. Dezember 2018

www.arbeiterpolitik.de

Kohei Saito, *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*, Campus-Verlag, Frankfurt/New York 2016, 328 Seiten

Anzeige



ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Schwerpunkt 1/2019: Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR

DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

BAYER

Was geht MICH denn BAYER an?

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen 

Name Vorname Alter

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

eMail Telefon

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org

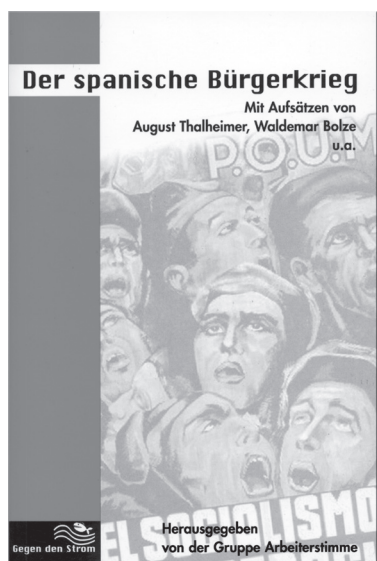


Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradiakalen** 66 Seiten, 3,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar) 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“, Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Jens Becker

Heinrich Brandler

Eine politische Biographie



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-767-4

Theodor Bergmann

»Gegen den Strom«

Die Geschichte der KPD(Opposition)



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org